

Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Januar 2001



Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Januar 2001–Jahrgang 28, Nr. 1

© 2001 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanschluß: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021. E-Mail: <chases@gao.gov>).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US \$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der *Zeitschrift* zu richten – P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugswise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

| | |
|----|--|
| 1 | Leitartikel |
| 3 | Kurzmitteilungen |
| 8 | Der Beitrag der pakistanischen ORKB zur Förderung einer guten Staatsführung |
| 10 | ASOSAI behandelt Fragen der Staatsführung |
| 13 | CAROSAI Kongress |
| 17 | Länderprofil - Mongolei |
| 19 | Neuerscheinungen |
| 21 | INTOSAI Intern |
| | Index 2000 |

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, Präsident, Rechnungshof, Österreich
Sheila Fraser, Auditor General, Kanada
Emna Aouij, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Clodosbaldo Russian Uztegui, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Linda L. Weeks (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda J. Sellavaag (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

Office of the Auditor General (Kanada)
Deepak Anurag (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)
U.S. General Accounting Office (USA)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Finanzen

U.S. General Accounting Office (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Guillermo Ramírez, Tribunal de Cuentas, Uruguay, Vorsitzender
Jong-Nam Lee, Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea,
Erster stellvertretender Vorsitzender
Tawfik I. Tawfik, State Minister and President, General Audit
Bureau, Saudi-Arabien, Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich,
Generalsekretär
Arah Armstrong, Director of Audit, Antigua und Barbuda
Humberto Souto, Ministro-Presidente do Tribunal de Contas da
União, Brasilien
Njiemoun Mama, Minister Delegate, Kamerun
Sheila Fraser, Auditor General, Kanada
Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, President, Central Auditing
Organization, Ägypten
Hedda Von Wedel, Präsidentin des Bundesrechnungshofes,
Deutschland
V. K. Shunglu, Comptroller and Auditor General, Indien
Abdessadeq El Glaoui, Président de la Cour des Comptes, Marokko
Bjarne Mork Eidem, Auditor General, Norwegen
Carmen Higaonna de Guerra, Contralor General, Peru
Alfredo José de Sousa, Presidente de Tribunal de Contas, Portugal
Pohiva Tu'onetoa, Auditor General, Tonga
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten

Zukünftige Herausforderungen: Einige Überlegungen am Ende einer zehnjährigen Tätigkeit als Auditor General von Kanada

von Denis Desautels, Auditor General von Kanada

Nachdem ich nun nach 10-jähriger Tätigkeit aus meinem Amt als Auditor General von Kanada scheidet, wollte ich diese Gelegenheit nutzen, um einige der Herausforderungen aufzuzeigen, denen unsere Behörde – und, wie ich glaube, auch viele andere ORKBn – im 21. Jahrhundert gegenüberstehen. Vor allem möchte ich darlegen, wie wichtig es ist, dass die Reformen des öffentlichen Sektors auch mit einer Neugestaltung der Rechenschaftspflicht und der Prüfungspraktiken einhergehen.

In Zukunft wird unsere Behörde mit folgenden Herausforderungen konfrontiert sein:

- der rasche Wandel im Bereich der Informationstechnologie, der neue Fähigkeiten und neue Instrumente für Prüfer erforderlich macht;
- die Einstellung, Bindung und Weiterbildung von Mitarbeitern in Finanzkontrollbehörden;
- die sich verändernden Anforderungen an das Prüfungswesen im Rahmen der Globalisierung;
- eine angemessene Mittelausstattung für Prüfungsbehörden;
- der Einfluss neuer Methoden der Leistungserbringung auf die Finanzkontrolle und die Rechenschaftspflicht der Verwaltung.

Den letzten Punkt möchte ich etwas eingehender erörtern.

Viele Jahre lang wurden Verwaltungsdienstleistungen und -programme auf traditionellem Wege erbracht bzw. umgesetzt, d.h. die betreffenden Tätigkeiten wurden direkt von Ministerien, Verwaltungsdienststellen und Behörden durchgeführt. Die Rechenschaftsstrukturen und auch die Mandate der Finanzkontrollbehörden waren zum Großteil auf diese traditionellen Verwaltungsstrukturen abgestimmt. Die Rechenschaftsberichte an die jeweilige Legislative und die Prüfungstätigkeit der ORKBn boten daher eine relativ vollständige Kontrolle der Verwaltungstätigkeit und somit auch der von der jeweiligen gesetzgebenden Körperschaft für die Verwaltung genehmigten Ausgaben und Kompetenzen.

In den letzten 10 bis 15 Jahren sind allerdings immer mehr Verwaltungen, darunter auch die kanadische, von den traditionellen Formen der Leistungserbringung abgekommen und haben eine Vielzahl von alternativen Ansätzen eingeführt. Dazu zählen die Vergabe von Aufträgen an Privatunterneh-

men sowie die Leistungserbringung durch unabhängige Stellen bzw. in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsebenen oder mit nicht-staatlichen Stellen.

Derartige Reformen des öffentlichen Sektors sind zur Zeit in zahlreichen Ländern zu beobachten, und es wird weithin angenommen, dass diese Reformen zu einer wirksameren und wirtschaftlicheren Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen geführt haben bzw. führen werden. In vielen Ländern haben die ORKBn Prüfungen in Verbindung mit diesen neuen Formen der Leistungserbringung ausgeführt. Allerdings musste von mir und auch von anderen Beobachtern festgestellt werden, dass diese Veränderungen in den Strukturen des öffentlichen Sektors nicht immer von entsprechenden Veränderungen bei den Rechenschaftsstrukturen und den Prüfungsaufträgen der ORKBn begleitet werden.

Diese nicht-staatlichen und anderen Stellen erfüllen nun jene Aufgaben, die bis vor kurzem von Verwaltungsorganen ausgeführt wurden, die den Praktiken und Strukturen der öffentlichen Rechenschaft unterlagen und Gegenstand des Prüfungsauftrags der ORKBn waren. Nach wie vor werden öffentliche Mittel und Behörden im Interesse der Öffentlichkeit dafür eingesetzt, einem öffentlichen Zweck zu dienen. Für mich besteht keinerlei Grund, die Aufsichtsfunktion der Gesetzgebung abzuschaffen oder deutlich einzuschränken, nur weil Verwaltungsleistungen nun auf einem anderen Wege erbracht werden. Dennoch sehen ORKBn in Kanada und in zahlreichen anderen, von mir besuchten Staaten – vor allem in jenen, in denen das Mandat der ORKB nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten ausgerichtet ist – ihre Fähigkeit, der Legislative bei der Überwachung dieser neuen Mechanismen zu helfen, stark eingeschränkt, da der Umfang ihrer Prüfungstätigkeit auf die traditionellen Formen der Leistungserbringung begrenzt ist. Gleichzeitig können jedoch die traditionellen Formen der Berichterstattung an die Gesetzgebung nur auf wenige dieser neuen Arrangements angewendet werden. Dies alles wird zwar nicht unbedingt mit den Reformen der öffentlichen Verwaltung beabsichtigt, aber es geht doch ganz klar als Folge daraus hervor.

ORKB-Mandate und Rechenschaftsstrukturen scheinen immer Gegenstand von Diskussionen zu sein. Es handelt sich hierbei um zwei Aspekte, die selbst in gut funktionierenden staatlichen Finanzkontrollbehörden nie vernachlässigt werden dürfen. Das Mandat einer ORKB ist von größter Wichtigkeit,

da es auf direktem Wege die Durchführung unserer Aufgaben für die Legislative beeinflusst. In den letzten 10 Jahren haben einige Verwaltungen den Versuch unternommen, die Prüfungsmandate ihrer ORKBn zu beschneiden bzw. zu begrenzen. Diese Versuche sind allgemein bekannt und wurden von den Mitgliedern der INTOSAI mit großem Interesse beobachtet. Allerdings sind ORKBn in zahlreichen Ländern noch einer weiteren, heimtückischeren Gefahr ausgesetzt. Ihre Mandate werden nicht durch direkte Handlungen reduziert bzw. eingeschränkt, sondern vielmehr durch ein Nicht-Handeln – durch das Versäumnis, die ORKB-Mandate entsprechend der Veränderungen innerhalb der Verwaltungen zu aktualisieren. Verwaltungen haben neue Formen der Leistungserbringung eingeführt und sie damit in zunehmendem Maße der direkten Überprüfung der Legislative entzogen; nur die wenigsten ORKB-Mandate wurden dieser neuen Situation angepasst. Außerdem wurde in vielen Fällen verabsäumt, neue effektive Rechenschaftsstrukturen zu schaffen, mit denen eine ausreichende Überprüfung durch die Gesetzgebung sichergestellt werden könnte.

Meiner Meinung nach müssen Wege und Mittel gefunden werden, um die Mandate der ORKBn und die Rechenschaftsstrukturen an die neuen Verwaltungsformen anzupassen. Zweifellos gibt es eine Reihe von diesbezüglichen Möglichkeiten.

Der aktuelle Sharman-Bericht über die britischen Prüfungs- und Rechenschaftsmechanismen der Verwaltung im 21. Jahrhundert ist ein solcher Versuch zur Bewältigung dieses Problems.

Als Mitarbeiter von ORKBn erkennen wir natürlich direkte Eingriffe in den Umfang unserer Prüfungsmandate. Wir müssen uns nun im gleichen Maße der weniger offensichtlichen Gefahren bewusst sein, vor allem wenn dabei traditionelle Rechenschaftsstrukturen, die die Aufsichtsfunktion der Legislative unterstützen, ebenfalls gefährdet werden. Andernfalls werden wir unsere Aufgaben zur Unterstützung der Legislative bei der Überprüfung der öffentlichen Finanzmittel und Behörden nicht wahrnehmen können.

Zum Abschluss möchte ich noch feststellen, dass ich meine Tätigkeit im Rahmen der INTOSAI als große persönliche und berufliche Bereicherung empfunden habe. Meine Kollegen und ich hatten sehr viel Freude an unserer Arbeit und unserer Tätigkeit im Rahmen der INTOSAI und ihren diversen Aktivitäten. Ich möchte der INTOSAI weiterhin viel Erfolg für die Zukunft wünschen. Ich bin davon überzeugt, dass die Organisation in den kommenden Jahren ihren Erfolgskurs fortsetzen und ihren Mitgliedern eine wertvolle Stütze sein wird. ■

China

ORKB berichtet über Betrug und Korruption

In einem Bericht der ORKB Chinas vom Oktober 2000 wurden mehr als US\$ 11 Mrd. an unsachgemäß bewirtschafteten Mitteln in Chinas Verwaltungsbehörden und staatlichen Unternehmen festgestellt. Diese Erkenntnisse aus den Ergebnissen verschiedener, kürzlich als Teil einer Kampagne zur Aufdeckung von Korruption durchgeführter Prüfungen wurden in den staatlichen Medien in Beijing veröffentlicht.

Im Zuge der Anti-Korruptionskampagne wurden von den Prüfern der ORKB bisher 42.000 Verwaltungsbeamte und Funktionäre der Kommunistischen Partei und 15.000 Manager staatlicher Betriebe geprüft. Die Prüfungen zeigten, dass einzelne Beamte und Manager US \$ 71 Millionen veruntreut bzw. unterschlagen hatten, was allerdings nur einen Bruchteil der durch Behörden oder Firmen unsachgemäß bewirtschafteten oder unterschlagenen Mittel in Höhe von US \$ 11,6 Milliarden darstellt.

Die Prüfungsberichte enthielten keinerlei Details darüber, wie die Gelder zweckentfremdet wurden oder welche Personen daran beteiligt waren. Allerdings waren in Berichten, die in den vorhergehenden 18 Monaten veröffentlicht worden waren, Beamte von der ORKB unter anderem wegen der Zweckentfremdung von Regierungssubventionen und den extrem hohen Ausgaben für Büros und Aktienspekulationen kritisiert worden. Die Prüfer haben über 1.010 Fälle an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

“In den letzten Jahren ist es uns nicht gelungen, das Phänomen der Korruption innerhalb der Beamtenschaft zu beseitigen”, zitierte die chinesische Tageszeitung People’s Daily den Generalsekretär des chinesischen Kabinetts, Wang Zhongyu. Wang erklärte, dass die

Prüfungen, die sich hauptsächlich auf die einzelnen Regionen bzw. auf Beamte der unteren Ebene sowie auf führende staatliche Unternehmen und Banken konzentrierten, schrittweise erweitert würden.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: National Audit Office of the People’s Republic of China (CNAO), 1 Beiluyuan, Zhanlan Road, Xicheng District, Beijing 100830, China; E-mail: cnao@public.east.cn.net.

Europäische Union

Europäischer Rechnungshof präsentiert Jahresbericht für 1999

Das von der Europäischen Kommission unter ihrem Präsidenten Romano Prodi initiierte Reformprogramm stellt eine positive Antwort auf verschiedene Schwachstellen in der Finanzgebarung und Finanzkontrolle innerhalb der Europäischen Union (EU) dar, berichtete der Europäische Rechnungshof in seinem Jahresbericht für das Haushaltsjahr 1999. Allerdings stellte der Rechnungshof auch fest, dass die Reformen erst umgesetzt werden müssen.

Mit dem Reformprogramm sollten die internen Kontrollsysteme verbessert, Ergebnisse und Leistungsmessung verstärkt in den Mittelpunkt gerückt und der Rahmen der Finanzvorschriften für die EU überarbeitet werden. Diese Reformen entsprechen alle den wesentlichen Empfehlungen zur Beseitigung jener Schwachstellen, über die der Rechnungshof schon seit Jahren berichtete. Damit die Reformen auch greifen können, so der Rechnungshof, bedarf es allerdings gewisser Veränderungen in der Managementkultur der Kommission, und dieser Prozess wird sicher nicht von heute auf morgen erfolgen. Dennoch forderte der Rechnungshof die Kommission zu raschem Handeln auf. Nur wenn die neuen Verfahren und Systeme implementiert wurden und funk-

tionieren, ist der Rechnungshof in der Lage, ihre Auswirkungen zu beurteilen.

Der Rechnungshof stellte fest, dass ohne diese Reformen eine untragbar hohe Fehlerquote die Gesetzmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen für verschiedene Programme beeinträchtigte. Die meisten dieser Fehler traten in jenen Bereichen des Haushalts auf, die von den Mitgliedstaaten verwaltet werden und die rund 80 % des Gesamthaushalts der Europäischen Union ausmacht. Schwachstellen in Buchführungssystemen und –verfahren führten in manchen Fällen zu inkorrekten oder unvollständigen Informationen. Probleme bei Management- oder Kontrollsystemen bewirken weiterhin eine beträchtliche Anzahl von Fehlern, insbesondere auf Ebene der Endempfänger. Der Rechnungshof kann jedoch eine Zuverlässigkeitserklärung hinsichtlich der Einnahmen, Verpflichtungen und Personalaufwendungen abgeben.

Der Rechnungshof betonte, dass die Häufigkeit der Fehler keinerlei Aufschluss über die Häufigkeit der Betrugsfälle gebe. Die meisten der vom Rechnungshof identifizierten Fehler bezogen sich auf Vorfälle wie die Auszahlung geringfügiger Mehrbeträge an Bauern oder Zahlungen für Aufwendungen öffentlicher Behörden, die keinen Anspruch auf eine Konfinanzierung seitens der EU haben. Nur wenige dieser Ungesetzmäßigkeiten rechtfertigten weitere Untersuchungen.

Der Rechnungshof stellte weiters fest, dass nach wie vor Defizite bei den Kontrollen in Bezug auf die Mittelverwendung bestehen. In den Landwirtschafts- und Strukturfonds müssen die Mitgliedstaaten noch einige Anstrengungen unternehmen, um ihre Kontrollen für von der EU finanzierte bzw. kofinanzierte Maßnahmen zu verbessern. Im Rahmen direkter Verträge mit Forschungseinrichtungen oder nicht-staatlichen Organisationen, die Projekte in Entwicklungsländern durchführen,

sollte die Kommission ihre Verfahren zur Überprüfung der deklarierten Ausgaben und zur Sicherstellung einer angemessenen Dokumentation verstärken.

Die Reaktion der Kommission auf frühere Feststellungen und Beobachtungen des Rechnungshofs war unterschiedlich ausgefallen. In manchen Bereichen wurden von der Kommission entsprechende Handlungen gesetzt, wie zum Beispiel beim Entwicklungshilfeprogramm für Südafrika, bei der Neugestaltung der Maßnahmen für die subventionierte Verwendung von fettarmer Milch als Tierfuttermittel sowie bei einigen Belangen im Bereich der öffentlichen Einnahmen. In anderen Bereichen waren die Reaktionen nur sehr zögerlich oder betrafen nur bestimmte Teilaspekte. So hat die Kommission zum Beispiel nicht ausreichend auf den Reformbedarf bei der Weinmarktordnung, auf Fehler oder Unregelmäßigkeiten im Regionalfonds oder auf die Beitreibung von Zahlungsrückständen für Importe von Milchprodukten zum Präferenzzollsatz reagiert.

Zusätzlich zum Jahresbericht für 1999 veröffentlichte der Rechnungshof auch 24 Sonderberichte über Ergebnisse von Prüfungen, die sich auf Fragen der Finanzgebarung in einer Vielzahl von spezifischen Bereichen konzentrierten.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Dienststelle Außenbeziehungen des Europäischen Rechnungshofs, 12, rue Alcide de Gasperi, L-1615 Luxemburg, Tel.: +352-4398-45410, Fax: +352-4398-46430, E-mail: euraud@eca.eu.int, Internet: www.eca.eu.int.

Finland

ORKB gibt Grundwerte und Personalstrategie bekannt

Eine Definition der Werte der Organisation stellt eines der Schlüsselemente der neuen Personalstrategie der finnischen ORKB dar. Die im Vorjahr ausgearbeitete Strategie bietet einen Überblick über die Ausrichtung und die Gestaltung von Personalpolitik, Personalmanagement und internationalen Verfahren für eine langfristige und nachhaltige Harmonisierung der perso-

nellen Ressourcen, operativen Ziele und finanziellen Möglichkeiten. Die Werte sollen die Grundlage für die Tätigkeit der Behörde bilden, als Richtlinien für ihre Aktivitäten dienen und die Qualität ihrer Arbeit gewährleisten.

Im Mittelpunkt dieser Definition der Grundwerte stehen Fachwissen und Wirksamkeit, wobei Objektivität eine Schlüsselrolle spielt. Fachwissen, das auf Objektivität, Zusammenarbeit und Mut basiert, führt auch zu Ergebnissen. In der Definition wird weiters beschrieben, wie die ORKB-Mitarbeiter diese Grundwerte in ihrer Tätigkeit berücksichtigen können.

Fachwissen findet seinen Niederschlag in der Wirksamkeit. Die Vision der ORKB besteht darin, der Prüfung der staatlichen Wirtschaft erstklassiges Fachwissen zugrunde zu legen, das sich aus der Summe der Kenntnisse ihrer Mitarbeiter zusammensetzt. Für die Weiterentwicklung, den Austausch und die richtige Anwendung von Fachwissen ist die Zusammenarbeit der Mitarbeiter erforderlich. Ein hohes fachliches Niveau kann nur durch Spezialisierung, kontinuierliche Weiterbildung und die Nutzung von einschlägigen Netzwerken erreicht werden.

Objektivität ist ein weiterer Eckpfeiler, der das Fundament für die Zuverlässigkeit der Behörde trägt. Objektivität bedeutet Zuverlässigkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Fairness. Die Mitarbeiter der ORKB reagieren auf Veränderungen in ihrem Umfeld, auf externe Herausforderungen und organisatorische Probleme. Die von ihnen durchgeführten Prüfungen und ihre Entscheidungen basieren auf Fakten, und ihre Handlungen und Mitteilungen sind offen, transparent und moralisch vertretbar.

Kooperation ermöglicht die Zusammenführung der Fachkenntnisse der ORKB-Mitarbeiter zur Erreichung gemeinsamer Ziele. Die Kooperation innerhalb der ORKB beruht auf Offenheit, Respekt gegenüber dem Einzelnen sowie auf gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigem Vertrauen. Die ORKB-Mitarbeiter arbeiten mit Interessengruppen und mit den von ihnen geprüften Organisationen zusammen und profitieren vom Fachwissen, das

diese Gruppen und Organisationen beisteuern können. Jeder Mitarbeiter ist für das Image der ORKB mitverantwortlich.

Mut spiegelt sich in großem Selbstbewusstsein, Berufsstolz, Respekt gegenüber Kollegen und der Entwicklung neuer Aktivitäten wider. Die Mitarbeiter haben den Mut, ihre Kompetenzen voll auszuschöpfen und die Verantwortung für ihre Prüfungsergebnisse zu übernehmen. Sie haben den Mut, Herausforderungen gegenüberzutreten, Dinge zu verändern und sich selbst weiterzuentwickeln.

Mit diesen Werten als Richtschnur werden die Mitarbeiter ihre Tätigkeit stets zielgerichtet, effektiv und verantwortungsvoll ausüben. Die Mitarbeiter sorgen für die Wahrung eines hohen Standards und steigern durch ihre Prüfungen den Wert der Aktivitäten ihrer Kunden. Sie setzen sich konkrete und realistische Ziele und überwachen den Erfolg bei der Erreichung dieser Ziele. Ressourcen werden hauptsächlich für die Kernbereiche ihrer Haupttätigkeiten verwendet, und die Wirksamkeit ihrer Arbeit wird durch die richtige Kombination aus Verantwortung, Zusammenarbeit und Motivation gefördert.

Der Ausarbeitung der Management- und Personalstrategie der Behörde wurde auch im Jahr 2000 große Bedeutung beigemessen, wobei auf gesteigerte Effektivität und auf eine Verbesserung des internen Arbeitsumfelds abgezielt wurde. Dieser Prozess verlangte dem gesamten Personal der finnischen ORKB, insbesondere der Gruppe für die Entwicklung der Personalstrategie, ohne die das Projekt nicht durchführbar gewesen wäre, große Anstrengungen und Einsatzbereitschaft ab.

Eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der ORKB im Jahr 1999 findet sich in ihrem aktuellen Bericht, der auch den Jahresabschluss enthält.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: State Audit Office, Annankatu 44, 00100 Helsinki, Finnland, Tel.: 358-9-2285-4275, Fax: 358-9-2285-4220, E-mail: kirjoamo@vtv.fi.

Iran

Wiederwahl des Präsidenten der ORKB

Am 27. September 2000 wurde der Präsident der Obersten Rechnungskontrollbehörde des Iran, Sayed Kazem Mirvalad, einstimmig für eine weitere vierjährige Amtszeit wiedergewählt.

In seiner ersten Amtszeit ist es Mirvalad gelungen, die nationalen und internationalen Pläne und Zielsetzungen der ORKB zu verwirklichen. Für seine Tätigkeit kann er auf eine Vielzahl von Erfahrungen aus anderen öffentlichen Ämtern zurückgreifen. So war er unter anderem in der iranischen Zentralbank, in der Verwaltung der Barreserven des Staates, als Berater des Energieministers und Geschäftsführer der Energieinvestmentgesellschaft sowie als Mitglied der ersten kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungskommission (1988-1996) tätig. Er war Parlamentsabgeordneter, Beobachter beim Ausschuss über die Verwendung öffentlicher Mittel, Generalgouverneur der Provinz Ilam (1985-1988), stellvertretender Generalgouverneur der Provinzen Hormozgan und Kermanshah (1981 – 1985) und beratender Ingenieur für die Errichtung von Kraftwerken, Strommasten und Stromleitungen in der für technische Beratung zuständigen Dienststelle.

Seit Mai 1997 ist Mirvalad auch Präsident der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ECOSAI).

Sayed Kazem Mirvalad hat an der Tabriz University ein Hoch- und Tiefbaustudium abgeschlossen und absolvierte außerdem ein Diplomstudium in Öffentlicher Verwaltung am Public Administration Training Center.

Chinareise der iranischen Delegation

Während eines China-Besuchs von 10. bis 17. August 2000 nahm eine Delegation unter der Leitung von Sayed Kazem Mirvalad an Arbeitsgesprächen über staatliche Finanzkontrolle teil. Bei dieser Gelegenheit erhielt die Delegation wertvolle Informationen über die

chinesischen Prüfungssysteme und das Mandat der Obersten Rechnungskontrollbehörde Chinas (CNAO) sowie über deren Personalwesen und Schulungsaktivitäten, die Prüfung von staatlichen Betrieben, rechtliche Schritte im Falle von Gesetzeswidrigkeiten und andere einschlägige Themen von beiderseitigem Interesse.

Im Rahmen von Exkursionen zur Rechnungsprüfungsbehörde der Provinz Yunnan, dem Hunairou Schulungszentrum und der kommunalen Finanzkontrollbehörde von Dalian erhielt die Delegation Einblicke in die Behördenorganisation, Schulungs- und Prüfungstätigkeit auf lokaler Ebene. Im Rahmen einer Reise durch einige der wirtschaftlichen und kulturellen Zentren des Landes konnten die Teilnehmer ihre Kenntnisse über China vertiefen.

Auf seinem China-Besuch, der auf Einladung des Auditor Generals von China, Li Jinhua, erfolgte, wurde Mirvalad auch von Staatsanwalt Lotfollah Atabaki und dem stellvertretenden Auditor General der iranischen ORKB, Abbas Mohseni, begleitet.

In jüngster Vergangenheit hat die Oberste Rechnungskontrollbehörde des Iran ihre Beziehungen zur chinesischen ORKB deutlich vertieft. Ihre diesbezüglichen Bemühungen entsprechen voll und ganz ihrer Politik, internationale Beziehungen aufzubauen und die Kooperation mit anderen ORKBn, vor allem mit Mitgliedern der ASOSAI und der ECOSAI zu verstärken.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Supreme Court of Audit, No. 99, West Part of Behjat Abad Park, Karim Khan Zand Ave., Teheran, Iran, Tel.: 98 (21) 890 20 20, Fax: 98 (21) 890 04 04.

Südafrika

Jahresbericht präsentiert erreichte Ziele

Laut Jahresbericht der südafrikanischen ORKB für das Jahr 2000 war die jüngste Vergangenheit sowohl innerhalb der Behörde als auch in der gesamten Region von zahlreichen bedeutenden Ereignissen geprägt. Die Behörde wurde zum Rechnungsprüfer für zwei internationale Organisationen, der Weltge-

sundheitsorganisation und der Vereinten Nationen, bestellt. Im Juni 2000 wurde Terence Nombembe zum stellvertretenden Auditor General und Chief Executive Officer ernannt. Und im Oktober 1999 organisierte die Behörde die 17. Konferenz der Auditors-General des Commonwealth.

Im Bericht wurde festgestellt, dass die Behörde nach wie vor eine führende Rolle in der Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADCOSAI) und im regionalen Schulungsausschuss (RTC) der englischsprachigen afrikanischen ORKBn spielt. Im Jahr 2000 legte der RTC das Hauptgewicht seiner Schulungen auf die Verbesserung der Prüfungstätigkeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden dieser Region und bot 12 Schulungsprogramme über verschiedene Prüfungsarten, Managementthemen und Verwaltungsaufgaben an. Derzeit plant der RTC die Finanzierung weiterer Projekte in den nächsten drei Jahren und führt darüber bereits Verhandlungen mit potentiellen Geldgebern. Nähere Informationen über diese Projekte sind unter www.idirtc.co.za zu finden.

Die Behörde sieht die Umsetzung des neuen Gesetzes über die Finanzgebarung des Staates als große Herausforderung an. Die von diesem Gesetz geschaffenen Vorschriften für Verwaltungseinrichtungen werden weitreichende Auswirkungen auf die Finanzgebarung und Rechenschaftspflicht auf Ebene der nationalen und regionalen Verwaltung sowie auf die Behörde selbst und auch auf den ständigen Rechnungsprüfungsausschuss haben.

Als Teil ihrer strategischen Planung ist die Behörde zur Zeit damit beschäftigt, einen neuen ganzheitlichen Prüfungsansatz zu entwickeln und umzusetzen, in dem die Wirtschaftsprüfung in Zukunft Teil des regulären Prüfungsumfanges sein wird, um dadurch den Wert des Prüfungsprozesses zu erhöhen. Außerdem hat die Behörde im Rahmen einer Reforminitiative ein Change Management-Programm ins Leben gerufen. Damit soll die erfolgreiche Umsetzung der Gesetzesvorlage über Gleichbehandlung am Arbeitsplatz und der aktiven Förderungsprogramme

zugunsten von Minderheiten sichergestellt werden. Bei all ihren Bemühungen ist die Behörde stets bestrebt, eine wertschöpfende Form der Prüfung und das Prinzip einer guten Verwaltungsführung zu fördern.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General, P.O. Box 446, Pretoria 0001, Republik

Südafrika, Tel.: 27-12-217593,
Fax: 27-12-323-7389,
E-mail: debbie@agsa.co.za,
Internet: www.agsa.co.za.

Türkei

Rechnungshof veröffentlicht Jahresbericht

Der Türkische Rechnungshof legte Ende Oktober seinen Jahresbericht 2000 vor, der auf großes Interesse beim Parlament und den Medien stieß. Für die Türkei handelt es sich hierbei um den ersten Bericht dieser Art. Der Bericht soll einen klaren Überblick über das nationale Finanzsystem bieten und insbesondere Fragen der Rechenschaftspflicht, Finanzdisziplin und Transparenz erörtern.

Der Bericht, der im Auftrag der Generalversammlung der türkischen ORKB erstellt wurde, wurde in zweijähriger Arbeit fertiggestellt. Für die Dokumentation verwandter Themen wurden 5 Jahre aufgewendet. Seitdem der Bericht dem Parlament vorgelegt wurde, war er Gegenstand von über 50 Artikeln in verschiedenen Tageszeitungen. Die Schlussfolgerungen des Berichts umfassen folgende Punkte:

Der allgemeine Haushalt erstreckt sich nicht auf alle Aktivitäten der zentralen Verwaltung. Viele öffentliche Fonds, Stiftungen, Sonderkonten und andere Finanzinstitutionen werden darin nicht berücksichtigt. Diese Institutionen unterstehen nicht der Kontrolle des Parlaments und der Finanzkontrolle der ORKB, allerdings sind ihre Gesamtausgaben beinahe ebenso hoch wie die Aufwendungen des allgemeinen Haushalts.

Die Verwaltung verwendet einen Großteil der öffentlichen Gelder, ohne darüber ausreichend Buch zu führen. Diese Ausgaben sind weder im allge-

meinen Haushalt noch im Haushalt irgendeiner anderen öffentlichen Stelle zu finden. Diese nicht dokumentierten Ausgaben, die manchmal quasi-fiskale Transaktionen genannt werden, betragen im Zeitraum zwischen 1970 und 1999 US\$ 116 Mrd.

Die Angaben zur Staatsverschuldung in offiziellen Dokumenten sind unvollständig. Das Gesamtvolumen der Staatsverschuldung bleibt der Öffentlichkeit und dem Parlament verborgen.

Anlass zur Sorge bieten auch verschiedene Aspekte in den Bereichen Finanzrisiken und Eventualverbindlichkeiten wie Probleme bei staatlichen Garantien, die Verschuldung des Privatsektors, Build-Operate-Transfer- (BOT) und Build-Operate-Own-Projekte im Rahmen des Garantiesystems des Finanzministeriums und die Versicherung von Kapitaleinlagen bei Banken.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Turkish Court of Accounts, Sayistay Baskanligi, Ulus-Ankara 06100, Türkei, Tel.: 90-312-311-2328, Fax: 90-312-310-6545, E-mail: saybsk3@turnet.net.tr.

Gemeinschaft portugiesischsprachiger ORKBn

Die vierte Tagung der Gemeinschaft portugiesischsprachiger ORKBn fand von 4.-7. September 2000 in der brasilianischen Hauptstadt Brasilia statt. Die Tagung wurde vom brasilianischen Rechnungshof veranstaltet. Neben Vertretern des brasilianischen Rechnungshofs nahmen die Leiter und andere Mitglieder der ORKBn von Guinea-Bissau, Kap Verde, Mosambik, Portugal und Sao Tomé und Príncipe an der Tagung teil. Zwei Beamte der Finanzbehörde von Osttimor waren als Beobachter anwesend.

Die erste Tagung der Gemeinschaft portugiesischsprachiger ORKBn fand im Juni 1995 in Lissabon, in Portugal, statt. Auf dieser Tagung wurde von den ORKBn von Angola, Brasilien, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mosambik, Portugal und Sao Tomé und Príncipe ein Memorandum of Understanding unterzeichnet. Von den sieben Mitglieds-ORKBn können einige bereits auf eine

100-jährige Tradition zurückblicken (Portugal und Brasilien), andere wurden erst vor 20 Jahren gegründet (Kap Verde, Guinea-Bissau und Mosambik), und wieder andere bestehen erst seit kurzem. Der unterschiedliche Erfahrungsstand unter den Mitgliedern sorgt für interessante Debatten und einen regen Meinungsaustausch.

Seit 1995 haben die Mitglieder der Gemeinschaft verschiedene Kooperationsinitiativen gefördert, wie zum Beispiel den Austausch von fachlich relevantem Material, die Organisation von und Teilnahme an Schulungsprogrammen, Gastaufenthalte von Prüfern bei anderen ORKBn und diverse Treffen zur Erörterung von Fachthemen. Die drei vorhergehenden Tagungen fanden 1995 in Lissabon, 1996 in Kap Verde und 1997 in Mosambik statt.

Auf der vierten Tagung der ORKBn wurden zwei von den teilnehmenden ORKBn ausgewählte Fachthemen sowie spezifische Fragen in Bezug auf die Intensivierung der Kooperation untereinander diskutiert. Die Themen bezogen sich auf (1) die Entwicklung der Informationstechnologie und ihr Einsatz in Finanzmanagementsystemen und (2) das Verhältnis zwischen den ORKBn und ihren Parlamenten. Diese Themen wurden zwei Tage lang in mehreren Arbeitssitzungen erörtert, wobei von jeder ORKB ein Vortrag gehalten wurde. Obwohl diese Themen für jede ORKB von Bedeutung sind, sind sie doch für die erst vor kurzem eingerichteten ORKBn von besonderer Relevanz.

Auf der Tagung erörterten die ORKBn auch die Bereitstellung von technischer Hilfe für Osttimor, eine ehemalige Kolonie Portugals, die erst vor kurzem die Unabhängigkeit von Indonesien erlangt hat. Im November 1999 hatten die ORKBn dem Leiter der UN-Übergangsverwaltung in Osttimor technische Hilfestellung bei der Umsetzung eines externen Finanzkontrollsystems zu einem von seiner Verwaltung gewählten Zeitpunkt angeboten. Während der Tagung in Brasilia wurde dieses Hilfsangebot direkt der Delegation Osttimors unterbreitet. Gleichzeitig lud Minister Adhemar Ghisi, der stellvertretende Generalsekretär des Gemeinschafts-Ausschusses für technische Zusammenarbeit der Rech-

nungshöfe, die ORKB Osttimors ein, der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen ORKBn beizutreten.

Auf der vierten Tagung wurden von den Mitgliedern noch zwei weitere Beschlüsse gefasst. Erstens wurde der brasilianische Rechnungshof erneut zum Sitz des seit 1995 dort angesiedelten Generalsekretariats bestimmt. Zweitens wurde beschlossen, die fünfte Tagung der Gemeinschaft 2001 in Lissabon abzuhalten.

Zusätzlich zu den Arbeitstreffen nahmen die Vertreter an einem Vortrag von Professor António de Sousa Franco, dem ehemaligen Präsidenten des portugiesischen Rechnungshofs (1970 – 1995) und früheren Finanzminister Portugals

(1995 – 1999) teil. Sie besuchten auch den Hauptsitz des Gerichtshofs des brasilianischen Senats und eine Ausstellung mit dem Titel "500 Jahre Brasilien". Sie trafen mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshof Brasiliens zusammen, nahmen an einer Militärparade zur Feier des brasilianischen Nationalfeiertags teil, besichtigten verschiedene Sehenswürdigkeiten in Brasilia und besuchten eine Ausstellung über die Arbeit des brasilianischen Architekten Oscar Niemeyer.

Die Konferenzunterlagen der einzelnen, seit 1995 veranstalteten Tagungen der Gemeinschaft portugiesischsprachiger ORKBn sind auf der Website der Gemeinschaft unter

<www.tribunaiscplp.gov.br> abrufbar. Die Website bietet auch Informationen über die Rechnungshöfe der sieben Mitglieder, das Protokoll der Sitzungen des Ausschusses über technische Zusammenarbeit und die Jahresberichte des Generalsekretariats des Ausschusses sowie weitere einschlägige Informationen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Tribunal de Contas, Setor de Administração Fed. Sul Lote 01, 70042-900 Brasilia – DF, Brasilien, Tel.: 55-61-223-5314, Fax: 55-61-322-5290, E-mail: sergio@tcu.gov.br, Internet: www.tcu.gov.br. ■

Der Beitrag der pakistanischen ORKB zur Förderung einer guten Staatsführung

von Manzur Hussain, Auditor General von Pakistan

Anm. d. Red.: Der Artikel basiert auf einem Vortrag und auf Bemerkungen des Auditor General von Pakistan anlässlich des 8. Treffens und Symposiums der ASOSAI vom 9.-15. Oktober 2000 in Chiang Mai, Thailand.

Zu den Kernbereichen der Verwaltung zählen traditionellerweise die Landesverteidigung, die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung und die Justizverwaltung. In letzter Zeit wurde allerdings auch vermehrtes Augenmerk auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung gelegt. In den vergangenen 10 Jahren hat die internationale Staatengemeinschaft der Förderung einer guten Staatsführung zunehmende Bedeutung beigemessen. Dies umfasst Aspekte wie Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Mitbestimmung, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, Aufbau von Institutionen, eine nachhaltige Entwicklung, die Milderung der Armut, Mitspracherechte und die Miteinbeziehung der Randgruppen der Gesellschaft.

Damit das Konzept der guten Staatsführung auch sinnvoll ist, muss es den Bedürfnissen der Bürger gerecht werden, insbesondere in Entwicklungsländern, wo selbst heutzutage viele Menschen nicht in der Lage sind, ihre einfachsten Grundbedürfnisse abzudecken: elementare Schulbildung, medizinische Grundversorgung, trinkbares Wasser, sanitäre Einrichtungen und andere Maßnahmen zur Förderung des Allgemeinwohls. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse und eine Priorisierung demokratischer Inhalte anstelle demokratischer Formen sind die Schlüsselemente einer guten Staatsführung, die in der Vergangenheit von vielen Ländern ignoriert wurden.

Dies traf früher auch auf Pakistan zu. Aufgrund der großzügigen Hilfsmittel aus dem Ausland, die in den 60er Jahren in unser Land flossen, stellte Pakistan in Bezug auf seine Entwicklung für viele Länder ein Vorbild dar. Allerdings wurden diese Hilfsmittel nicht zur Förderung des Gemeinwohls verwendet und ihre unkluge Verwendung führte zu Misswirtschaft, Korruption und in Folge zu einer alarmierend hohen Staatsverschuldung.

Anfang der 90er Jahre erkannte die Verwaltung Pakistans die große Wichtigkeit von elementarer Schulbildung, grundlegender Gesundheitsfürsorge, trinkbarem Wasser, Hygieneeinrichtungen und dem allgemeinen Wohl der Bevölkerung und begann, sich in ihrer Tätigkeit am Konzept der guten Staatsführung zu orientieren. 1993 wurde in Pakistan ein 5-jähriges Soziales Aktionsprogramm (SAP) in Höhe von US\$ 6 Mrd. ins Leben gerufen, das hauptsächlich von multilateralen und bilateralen Geldgebern finanziert wurde. Der Programm-

schwerpunkt lag auf der Verringerung der Armut durch Maßnahmen im Bereich der fünf oben erwähnten Grundbedürfnisse, und es gelang, die Lebensqualität für die Armen dieses Landes zu erhöhen. Um einen anhaltenden Erfolg zu sichern, hat die Verwaltung Pakistans eine zweite 5-jährige Phase des Programms initiiert und stellt mehr als 80 % der Finanzmittel in Höhe von US\$ 10 Mrd. zur Verfügung. Trotz gewisser Umsetzungsschwierigkeiten war das Programm größtenteils erfolgreich. Während der gesamten Umsetzung des SAP betonten die Geldgeber, wie wichtig es sei, Institutionen aufzubauen und die institutionellen Kapazitäten zu fördern und aufrechtzuerhalten.

Die ORKB Pakistans übernahm bei der Implementierung des SAP eine neue Aufgabe und zwar die externe Begutachtung ("third-party validation"/TPV) von SAP-Projekten. Diese Begutachtungen wurden zusätzlich zu Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgeführt und untersuchten Bereiche wie die Standortauswahl für Grundschulen, elementare Gesundheitseinrichtungen, Wasserversorgungskonzepte, den Bau von sanitären Anlagen, Aktivitäten zur Förderung des Wohls der Bevölkerung, die Beschaffung von Vorräten und die Einstellung von SAP-Mitarbeitern. Bei der Ausübung ihrer Begutachtungs-/Prüfungsfunktion hat die ORKB unter anderem zahlreiche Fälle von inkorrekt Standortauswahl, Scheinbeschäftigung, Beschäftigung unqualifizierter Arbeitskräfte, Nichterscheinen der Mitarbeiter am Arbeitsplatz und Unregelmäßigkeiten bei der Beschaffung von Material und Vorräten identifiziert.

Indem die ORKB die externen Begutachtungen bereits während der Umsetzung des SAP durchführt, trägt sie nicht nur dazu bei, den Erfolg des SAP zu gewährleisten, sondern fungiert auch, unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit, als Partner für die Weiterentwicklung des Programms. Mit diesem Ansatz kann diese Art der Begutachtung die Probleme jetzt ans Licht bringen und nicht erst viele Jahre nachdem der Fehler bereits gemacht wurde. Somit werden die externen Begutachtungen im Rahmen einer Kooperationspartnerschaft zwischen Verwaltungsdienststellen, Geldgebern und der ORKB durchgeführt. Die an der Umsetzung des SAP beteiligten Dienststellen lernten die Aufsichtsfunktion der ORKB zu schätzen und setzen nun Maßnahmen, um entsprechend auf die Feststellungen der Begutachtung/Prüfung zu reagieren. Dadurch konnte die Verwaltung die Durchführung des Programms verbessern und eine Verschwendung der ohnehin knappen Ressourcen vermeiden. Die Berichte des Auditor General waren auch für die Geldgeber von großem Nutzen, die in vielen Fällen die Zahlungsleistung solange verzögert haben, bis die Unregel-

mäßigkeiten beseitigt waren. Als Folge üben nun sowohl die Bevölkerung als auch die Geldgeber Druck auf die Verwaltungsdienststellen aus, damit diese das SAP wirksam umsetzen.

Die Verwaltung hat mit Dezember 2000 einen Dezentralisierungsplan implementiert, der Befugnisse der Bundes- und Regionalebene an die Bezirksebene übertragen und jenen, die über keine bürgerlichen Rechte verfügen – vor allem Frauen – ein größeres Mitspracherecht in lokalen, regionalen und nationalen Angelegenheiten verleihen soll. Dieser Plan wird die Machtzentren an die eigentlich dafür vorgesehenen Orte verschieben, und den Menschen die nötigen Strukturen und Mechanismen zur Verfügung stellen, um die meisten ihrer Probleme auf lokaler Ebene zu lösen. Dadurch werden die Bundes- und die Regionalverwaltungen entlastet und können sich vermehrt auf nationale und regionale Probleme konzentrieren. Da der Dezentralisierungsplan den Bezirksverwaltungen eine größere finanzielle und administrative Unabhängigkeit einräumt, hat er auch weitreichende Auswirkungen auf die ORKB, die früher nicht für Prüfungen der lokalen Verwaltungsebene zuständig war. Nun muss sie auch den Großteil der an die Bezirksverwaltungen fließenden Bundes- und Regionaleinnahmen prüfen, wodurch sehr hohe Anforderungen im Finanz- und Personalbereich aber auch in Bezug auf die Quantität und Qualität der erforderlichen Leistungen sowie in Bezug auf Ausbildung und Qualitätskontrolle an die ORKB gestellt werden. Aufgrund dieses erweiterten Aufgabensbereichs kann die ORKB jedoch in größerem Umfang zur Entwicklung des Staates beitragen.

Die ORKB erfüllt auch eine bedeutende Funktion bei der Bekanntmachung von öffentlichen Informationen und Beschlüssen, was einen weiteren Aspekt der Förderung guter Staatsführung darstellt. Jahrhundertlang haben sich die Machthaber und Entscheidungsträger in Schweigen gehüllt und Staatsangelegenheiten vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten. Obwohl die Parlamente mit dem Vormarsch der Demokratie das Recht erhielten, Informationen über Politik und Entscheidungen der Verwaltung zu verlangen, bedienten sich die Verwaltungen verschiedener Mechanismen, um wichtige Informationen vor den Volksvertretern geheim zu halten.

Diese Situation ändert sich allerdings rapide. Die Verwaltungen haben inzwischen anerkannt, dass sie mehr Informationen über ihre Tätigkeit und über Entscheidungen, die von Staatsbeamten getroffen werden, bekanntgeben sollten. Dem-

entsprechend wurden in vielen Staaten Gesetze erlassen, die den Bürgern einen besseren Zugang zu Informationen und Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung gewähren. In Pakistan wird derzeit die Verabschiedung eines solchen Gesetzes erwogen, und die Öffentlichkeit ist vor dessen Inkraftsetzung zu einer Stellungnahme eingeladen.

ORKBn können auf effektive Weise dafür sorgen, dass die von der Verwaltung veröffentlichten Informationen angemessen, korrekt und fair sind. In den jüngsten Berichten der pakistanischen ORKB wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, dass einige außerbudgetäre Ressourcen der Verwaltung nicht zweckgemäß verwendet wurden. In einigen Fällen wurde verabsäumt, für Fonds, die für durchaus gerechtfertigte, spezifische Zwecke eingerichtet wurden, die Genehmigung der Legislative einzuholen. Weiters wurden die Verkaufserlöse für einige privatisierte Stellen nicht in das Hauptbuch eingetragen, und es wurden keinerlei Informationen über die Verwendung dieser Erlöse veröffentlicht. In einem anderen Fall wurde ein öffentliches Unternehmen aufgrund eines mündlichen Auftrags des damaligen Premierministers mit dem Bau eines Sportstadions in der Provinz Sindh betraut, und die städtische Erschließungsbehörde der Hauptstadt Islamabad errichtete ein Polofeld in der Residenz des Premierministers. Die Berichte der ORKB wiesen auch darauf hin, dass die Verwaltung einem privaten Stromerzeuger nicht ausgewiesene (und ungerechtfertigte) Zuschüsse in Höhe von einigen Millionen Dollar zukommen ließ.

Abschließend lässt sich feststellen, dass staatliche Rechnungsprüfer mit der Durchführung von Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen sowie von externen Begutachtungen eine wichtige Funktion in der Förderung guter Staatsführung erfüllen. Ihr Arbeitsbereich umfasst die Prüfung außerbudgetärer Ressourcen, die Prüfung der Staatsverschuldung, die Prüfung von Privatisierungen, Umweltprüfungen oder Prüfungen im Sozialbereich. In all diesen Fällen müssen wir dafür sorgen, dass wir mit unserer Arbeit nützliche Informationen liefern, die den Steuerzahlern, Unternehmensleitern und Gesetzgebern dabei helfen, die Tätigkeit der Verwaltung zu verbessern.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General of Pakistan, Constitution Avenue, Audit House, Islamabad, Pakistan, Tel.: 92-51-922-4080, Fax: 92-51-922-4085, E-mail: Saipak@comsats.net.pk. ■

ASOSAI behandelt Fragen der Staatsführung

33 Oberste Rechnungskontrollbehörden Asiens nahmen vom 9. bis 15. Oktober 2000 in Chiang-Mai in Thailand am 8. Kongress und Symposium der ASOSAI teil. Zu den Staaten, die auf dieser in Dreijahresabständen stattfindenden Veranstaltung vertreten waren, zählten Aserbaidschan, Australien, Bangladesch, Bhutan, Brunei Darussalam, China, Indien, Indonesien, Iran, Israel, Japan, Jemen, Korea, Kuwait, Malaysia, die Malediven, die Mongolei, Myanmar, Nepal, Neuseeland, Oman, Pakistan, Papua Neuguinea, die Philippinen, die Russische Föderation, Saudi-Arabien, Sri Lanka, Thailand, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Vietnam und Zypern. Neben den 120 Delegierten aus diesen Ländern nahmen auch Beobachter des Generalsekretariats der INTOSAI, der INTOSAI Entwicklungsinitiative, der Internationalen Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle und der Asiatischen Entwicklungsbank an den Beratungen zum Thema "Der Beitrag der ORKBn zur Förderung einer guten Staatsführung (Good Governance)" teil.

Eröffnungszeremonie als Auftakt

Der Kongress wurde offiziell vom Präsidenten des thailändischen Senats, Sanit Vorapanya, eröffnet, der die Wichtigkeit des Konferenzthemas hervorhob, indem er erklärte: "Angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, die für unsere Nationen und unsere Bevölkerungen schwere Zeiten herauf beschwört, ist eine gute Staatsführung im Bereich Verwaltung und Finanzen unabdingbar. Wir dürfen daher nicht zulassen, dass unsere Länder und unsere Bevölkerungen noch zusätzlich unter Korruption zu leiden haben. Das Thema dieses 8. Kongresses und Symposiums ist im Hinblick auf unsere gegenwärtige Lage sehr gut gewählt, denn vor allem in dieser Situation sind Transparenz, Rechenschaftspflicht und Verantwortung unbedingt erforderlich."

Der scheidende Vorsitzende der ASOSAI, Satrio Budihardjo Joedono, schloss sich Vorapanyas Worten an und sprach über den Beitrag der ASOSAI zur Förderung einer guten Staatsführung. "Überall auf der Welt," so Joedono, "und besonders in bestimmten Regionen Asiens gibt es einen zunehmenden Bedarf an guter Staatsführung, gut funktionierendem Management und an der Berücksichtigung der Bedürfnisse der zahlreichen Interessengruppen der Verwaltung. Die Obersten Rechnungskontrollbehörden (können dies unterstützen), indem sie die allgemeine Anerkennung professioneller Praktiken des öffentlichen Rechnungswesens und der öffentlichen Finanzkontrolle sowie diesbezügliche gemeinsame Ansätze fördern." Zum Abschluss seiner Begrüßungsrede gab Joedono den Vorsitz an Dr. Panya Tantiyavarong, dem Leiter der ORKB Thailands und Gastgeber des Kongresses, ab.

Dr. Tantiyavarong hieß die Teilnehmer in Thailand herzlich willkommen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der

Kongress die weitere Zusammenarbeit unter den Mitgliedern der ASOSAI und anderen in Chiang-Mai vertretenen Organisationen verstärken würde. Er kam auch auf die Aktualität des Themas der guten Staatsführung zu sprechen, als er meinte: "Die Wirtschaftskrise in Asien hat uns veranlasst, härtere Maßnahmen zu ergreifen, um für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, die Wirtschaftlichkeit und Rechenschaftspflicht des öffentlichen Sektors zu verbessern und ernsthaft gegen Korruption vorzugehen."

Das Eröffnungsprogramm beinhaltete auch Grüße des Generalsekretärs der INTOSAI, Dr. Franz Fiedler, der das langjährige Engagement der INTOSAI im Bereich der guten Staatsführung und ihre langjährige Unterstützung der ASOSAI bei der Förderung einer guten Staatsführung in dieser Region betonte. Dr. Fiedler, der in Chiang-Mai von Reinhard Rath vertreten wurde, stellte fest, dass dieses Thema im Laufe der Jahrzehnte einer der Schwerpunkte der Arbeit der INTOSAI war. Die von der INTOSAI 1977 verabschiedete Deklaration von Lima über die Leitlinien der Finanzkontrolle tritt für eine Stärkung der Rechenschaftspflicht ein und beinhaltet genau jene Prinzipien – insbesondere den Grundsatz der Unabhängigkeit –, die es den ORKBn ermöglichen, ihren Beitrag zu einer guten Staatsführung zu leisten.

Symposium über Staatsführung

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte bediente sich die ASOSAI eines neuen Formats – eines Symposiums – zur Diskussion der Fachthemen. Bei der Vorstellung des neuen Formats meinte der scheidende Generalsekretär Kaneko, dass die ASOSAI beschlossen habe, das traditionelle internationale Seminar durch ein eintägiges Symposium als "produktiveren und schnelleren" Ansatz zur Diskussion von wichtigen Fachthemen zu ersetzen. Zu den Präsentationen und Diskussionen über den Beitrag der ORKBn zur Förderung einer guten Staatsführung zählten der Hauptvortrag von Dr. Bhokin Bhalakula, dem Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichtshofs von Thailand, ein Sonderbericht über Staatsführung vom australischen Auditor General, Pat Barrett, und eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Songkram Grachangnetara vom Thailand Development Research Institute, an der Shoji Mishimoto von der Asiatischen Entwicklungsbank, der Auditor General von Malaysia, Datuk Hadenan bin Abdul Jalil, der Auditor General von Pakistan, Manzur Hussain, und Pat Barrett teilnahmen.

Zu Beginn seines Vortrags präsentierte Bhokin Bhalakula eine Reihe von Definitionen des Begriffs Staatsführung, von denen eine vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) stammte: "Staatsführung ist die Ausübung von politischen, wirtschaftlichen und administrativen Befugnissen bei der Abwicklung der Angelegenheiten eines Staates auf

allen Ebenen. Sie umfasst jene Mechanismen, Prozesse und Institutionen, die den Bürgern und den verschiedenen Zielgruppen offenstehen, um ihre Interessen darzulegen, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben, ihren Pflichten nachzukommen und ihre Differenzen zu bereinigen." Anschließend ging Bhalakula näher auf diese Definition ein und führte fünf wesentliche Merkmale einer guten Staatsführung auf: Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Mitbestimmung, Rechenschaftspflicht sowie Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Als Beispiele für die zentrale Funktion, die verschiedene Institutionen bei der Umsetzung und Aufrechterhaltung einer guten Staatsführung erfüllen, nannte er die ORKB und die Verwaltungsgerichtshöfe Thailands. Am Ende seiner Ausführungen, die über die thailändische ORKB bezogen werden können (siehe unten angeführte Adresse), bestärkte Bhalakula die Delegierten darin, bei der Förderung einer guten Staatsführung in ihren eigenen Ländern, "den erforderlichen Mut aufzubringen und von der Richtigkeit ihres Handelns überzeugt zu sein."

Der zweite Teil des Symposiums war dem Sonderbericht von Pat Barrett mit dem Titel "Governing Corporately in the Public Sector within a National Governance Framework" (Prinzipien der Unternehmensführung im öffentlichen Sektor als Element der Staatsführung) gewidmet. In seinem Vortrag identifizierte und erörterte Barrett einige wichtige und aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Staatsführung in den Mitgliedstaaten der ASOSAI, einschließlich der Leitung und des Betriebs von Verwaltungsbehörden und staatlichen Unternehmen angesichts der bedeutenden Veränderungen am öffentlichen Sektor und der neuen Formen der Leistungserbringung. Sein umfassender Bericht behandelte drei spezifische Bereiche: Staatsführung im allgemeinen und die Rolle der ORKB als wesentliches Element der guten Staatsführung; Corporate Governance, einschließlich einer Festlegung von wichtigen, für ORKBn relevanten Elementen und Entwicklungen; und der Einfluss von Corporate Governance auf die Leistung der ORKBn.

Barrett betonte, dass der Erfolg der ORKBn weitgehend von drei gleichermaßen wichtigen Faktoren herrührt: Unabhängigkeit, umfassende Kenntnisse des öffentlichen Sektors und Menschen. Externe Faktoren können manchmal die Fähigkeit der ORKB zur Stärkung und Wahrung dieser Kernkriterien beeinflussen, und die Einstellung, Bindung und Motivierung der Mitarbeiter in einem zunehmend wettbewerbsorientierten Markt stellt wohl eine besondere Herausforderung dar.

"Bei der Leitung unserer Behörden," so Barrett, "orientieren wir uns immer an den zukünftigen, vor allem mittel- bis langfristigen, Reformen des öffentlichen Sektors und anderen Herausforderungen, mit denen die Finanzkontrolle und die ORKBn konfrontiert werden, um geeignete Strategien für den erfolgreichen Umgang mit solchen Reformen und Herausforderungen zu entwickeln. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist die Schaffung und Beibehaltung umfangreicher und tiefgehender, für den öffentlichen Sektor relevanter Kenntnisse und Fähigkeiten, die durch externes Fachwissen und Informationssysteme ergänzt werden und die die benötig-

ten Leistungen und Ergebnisse auf wirtschaftliche, wirksame und ethisch korrekte Weise liefern. Dafür ausschlaggebend ist vor allem die Frage, ob die ORKB-Leitung ein diesem Vorhaben förderliches Umfeld erzeugen kann, was auch von der Professionalität und dem Engagement unserer Mitarbeiter und einem positiven Verhältnis zu unseren Interessengruppen abhängt. Ein solches Umfeld ist ein Hauptfaktor für eine nach Corporate Governance-Prinzipien gestaltete Managementstruktur einer ORKB, bei der Führungsqualitäten und Ergebnisse im Mittelpunkt stehen."

Zum Abschluss ermutigte er die Mitglieds-ORKBn, "mit gutem Beispiel voran zu gehen und das Funktionieren von Corporate Governance-Strukturen zu demonstrieren, die darauf abzielen, unsere allgemeinen Systeme der Staatsführung zu stärken und damit zum Wohl der Bürger unserer jeweiligen Länder aber auch der Bürger in ganz Asien beizutragen." Pat Barretts zahlreiche Reden und Vorträge zum Thema Staatsführung sind im Internet unter www.anao.gov.au abrufbar.

Bei der Podiumsdiskussion, die den Schlusspunkt des Symposiums bildete, kam der breite und reichhaltige Erfahrungsschatz der Diskussionsteilnehmer zum Thema Staatsführung zum Tragen. Die Delegierten hörten Beiträge von Experten aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Wirtschaft, Bankenwesen, strategische Planung, Haushaltsführung, Steuern und Finanzkontrolle. Aus der Podiumsdiskussion und der Fragerunde ging klar hervor, dass im Zuge der Umsetzung von Verwaltungsreformen die Konzepte der guten Staatsführung überprüft und abgeändert werden müssen. Dies trifft vor allem im Hinblick auf Privatisierungen und die Einbindung des Privatsektors in die Erbringung von bestimmten öffentlichen Dienstleistungen zu. Es wurde festgestellt, dass das Mandat der ORKBn als unabhängiger externer Prüfer ein wesentlicher Faktor für die Wahrung öffentlicher Interessen ist und weiterhin von großer Bedeutung für die Förderung einer guten Staatsführung sein wird.

Bericht der IDI

Der Leiter der ORKB Norwegens und Präsident der Entwicklungsinitiative (IDI) der INTOSAI, Bjarne Mork-Eidem, berichtete auf dem Kongress über die jüngsten Veränderungen innerhalb der IDI und den von dieser Institution eingeschlagenen neuen Kurs. Mit der Übersiedlung des IDI-Sekretariats von Kanada nach Norwegen am 1. Januar 2001 waren in beiden Ländern zahlreiche Aktivitäten verbunden. Während das IDI-Sekretariat das letzte Jahr seiner Tätigkeit in Kanada beendete, wurde bereits alles für eine reibungslose Übergabe der Funktionen und Aufgaben an Norwegen vorbereitet. Das neue IDI-Sekretariat in Norwegen wurde im August 1999 eingerichtet, und zwei kanadische IDI-Mitarbeiter werden in den nächsten Jahren weiterhin für das IDI-Sekretariat in Norwegen arbeiten. Dadurch wird die Kontinuität der Tätigkeit sowie der weitere Transfer von Kenntnissen und Erfahrungen gewährleistet.

Der Jahresbericht der INTOSAI-Entwicklungsinitiative für 1999 wurde im August 2000 an alle Mitglieds-ORKBn der ASOSAI verteilt. Er bietet einen Überblick über das langfristige Schulungsprogramm (LTRTP) innerhalb der ASOSAI, das

1997 begonnen und im Juli 2000 abgeschlossen wurde. Ziel dieses Programmes war die Einrichtung einer nachhaltigen Schulungsinfrastruktur in der Region. 27 Teilnehmer konnten den Workshop über Kursgestaltung und –entwicklung und den Workshop über Schulungstechniken erfolgreich absolvieren und erhielten das IDI-Diplom für Kursleiter. Der so entstandene Expertenpool bildet den Kern der neuen Schulungsinfrastruktur der ASOSAI.

Diese neue Schulungsinfrastruktur wurde seither im Rahmen der Gestaltung und Durchführung von vier regionalen Workshops von den neuen Kursleitern erfolgreich getestet und hat die Schulungen in der Region wesentlich verbessert. Ab Oktober 2000 sind mit einer Ausnahme alle der 27 Kursleiter in ihren jeweiligen ORKBn tätig und können hier die erworbenen Kenntnisse in der Kursgestaltung und –entwicklung sowohl für die ASOSAI als auch ihre jeweiligen ORKBn voll ausschöpfen.

Eine der ersten Herausforderungen für das IDI-Sekretariat in Norwegen war die Ausarbeitung eines neuen strategischen Plans. Mit dem Entwurf wurde Ende Mai 1999 in Zusammenarbeit mit der IDI/Kanada begonnen. Ausschlaggebend für die Planung waren vor allem der baldige Abschluss aller langfristigen regionalen Schulungsprogramme und die allmähliche Veränderung der Rolle der IDI. Sobald eine funktionierende regionale Schulungsinfrastruktur vorhanden ist und die einzelnen Regionen zunehmend in der Lage sind, selbst Schulungen durchzuführen, sollte die Rolle und die Tätigkeit der IDI an diese neue Situation angepasst werden. Daher bestand eines der Hauptelemente des neuen strategischen Plans darin, auf den Resultaten des LTRTP aufzubauen und dabei die verschiedenen Schulungsbedürfnisse der ORKBn der regionalen Arbeitsgruppen zu berücksichtigen.

Ein Schlüsselement der Planung war eine internationale Erhebung, die im Dezember 1999 durchgeführt wurde. Die ORKBn wurden aufgefordert, die Wichtigkeit von fünf vorgegebenen Zielen zu beurteilen, weitere Ziele und Zielsetzungen vorzuschlagen und zu spezifischen Bedürfnissen, Anliegen und Problemen der ORKB bzw. der Region Stellung zu nehmen. Insgesamt haben 110 ORKBn, das entspricht einer Quote von 81 %, den Fragebogen retourniert und damit ein hohes Maß an Unterstützung und Engagement für die Arbeit der IDI demonstriert. Die Antworten stellten eine wichtige Grundlage für die Festlegung des neuen strategischen Plans der IDI und für die Gestaltung ihrer Agenda für die nächsten Jahre dar.

Der neue strategische Plan für 2001-2006 wurde vom Vorstand der IDI angenommen und vom Präsidium der INTOSAI auf seiner 47. Tagung im Mai 2000 genehmigt. Der strategische Plan legt fünf weit gefasste Zielbereiche fest, und das neue IDI-Sekretariat arbeitet zur Zeit konkrete Projekte aus, um die Ziele des strategischen Plans zu verwirklichen. Dazu ist ein enger Kontakt mit den regionalen Schulungsausschüssen und den Regionalsekretariaten erforderlich, damit die Bedürfnisse jeder Region erfüllt und die Aktivitäten entsprechend koordiniert werden. Eines der Ziele des neuen

strategischen Plans ist die Einrichtung und Stärkung eines Netzwerks von IDI-Kursleitern. Ein Internationales Symposium, das im Juni 2001 in Norwegen stattfinden und sämtliche Absolventen des LTRTP aus allen Regionen zusammenbringen wird, soll maßgeblich zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Das Symposium wird die Kenntnisse und Fähigkeiten der Kursleiter weiter ausbauen und stellt ein wichtiges Forum zur Festlegung und Erörterung von Bedürfnissen und Prioritäten dar. Einladungen zu diesem Symposium wurden vor kurzem an die Leiter aller ORKBn geschickt, bei denen Absolventen des LTRTP als Kursleiter tätig sind.

Nähere Informationen über die IDI sind erhältlich bei: IDI Sekretariat, c/o Riksrevisjonen, Pilestredet 42, N-0032 Oslo, Norwegen.

ASOSAI Interna

Zu den zahlreichen Geschäftsthemen, die auf dem Kongress behandelt wurden, zählten die Präsentation und Annahme des Jahresberichts des Generalsekretärs, der auch den Haushalt für 2000-2002 enthielt, sowie ein umfassender Bericht über die vielen Schulungsaktivitäten, die seit dem letzten Kongress in Jakarta in der Region stattgefunden haben. Weiters wurde berichtet, dass seit dem Kongress im Jahr 1997 die Zahl der ASOSAI-Mitglieder durch die Beitritte von Aserbaidschan, Bhutan, Iran, den Malediven und dem Oman von 30 auf 35 angewachsen ist. Die Mitglieder stimmten dem Wechsel des ASOSAI-Generalsekretariats von Japan nach Indien zu und sprachen Japan für die Erfüllung der Sekretariatsfunktion ihren tief empfundenen Dank aus. Mittels offener Abstimmung wurde ein neues Präsidium gewählt, das sich nun aus Thailand, Indonesien, Indien, China, Korea, Pakistan, Bangladesch und Kuwait zusammensetzt. In einem eigenen Abstimmungsgang wurde der Rechnungsprüfungsausschuss mit Nepal und der Türkei neu gewählt. Indien erhielt den alle drei Jahre vergebenen ASOSAI Journal Award, und die Delegierten genehmigten die jüngste Forschungspublikation der ASOSAI mit dem Titel "Richtlinien für Wirtschaftlichkeitsprüfung", die in Gemeinschaftsarbeit von einem Forschungsteam der ORKBn Australiens, Indiens, Neuseelands und Malaysias erstellt wurde. Bei der Besprechung zukünftiger Aktivitäten nahm der Kongress das Angebot der Philippinen an, den nächsten Kongress im Jahr 2003 auszurichten.

Die Delegierten sprachen Dr. Panya Tantiyavarong sowie den Beamten und Mitarbeitern der thailändischen ORKB ihren aufrichtigsten Dank für ihre Gastfreundschaft, ihre Organisationsarbeit und ihr Engagement aus. Durch ihren Einsatz sorgten sie für einen erfolgreichen und reibungslosen Ablauf des Kongresses und stellten ein Kulturprogramm zusammen, das den Delegierten zahlreiche Gelegenheiten bot, neue Freundschaften zu knüpfen und bestehende zu stärken.

Nähere Informationen über den Kongress und das Symposium der ASOSAI sind erhältlich bei: State Audit Commission, Soi Areesampan, Rama IV Road, Bangkok 10400, Thailand (E-mail: int_rela@oag.go.th) und auf der Website der ASOSAI unter www.asosai.org. ■

5. Kongress der CAROSAI

von Benjamin Ross, U.S. General Accounting Office

“Verstärkte Rechenschaftspflicht, Good Governance und der Einsatz von Informationstechnologie im 21. Jahrhundert” lautete das Thema des 5. dreijährlich stattfindenden Kongresses der Karibischen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (CAROSAI), der vom 19. bis 25. November 2000 in St. Kitts und Nevis abgehalten wurde. Am Kongress nahmen Delegierte aus folgenden Ländern teil: Anguilla, Antigua & Barbuda, den Bahamas, Barbados, Bermuda, Dominica, Guyana, Haiti, Jamaika, die Kaimaninseln, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Trinidad & Tobago und die Turks- und Caicosinseln. Ebenfalls anwesend waren zahl-reiche Beobachter und offizielle Vertreter der INTOSAI, der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI), des britischen National Audit Office, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Association of Certified Chartered Accountants (ACCA) und der Internationalen Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle. Der Gastgeber des Kongresses, Albert Edwards, der Auditor General von St. Kitts und Nevis, freute sich über die Teilnahme zahlreicher internationaler Organisationen und meinte, dass ihre Anwesenheit “nicht nur ein Signal für die wahrhaft internationale Dimension des CAROSAI-Kongresses sei, sondern auch großes Engagement bei der Förderung und dem Aufbau dauerhafter Beziehungen mit der CAROSAI beweise”.

Eröffnungszeremonie

Die Eröffnungszeremonie fand im Auditorium der Eastern Caribbean Central Bank (ECCB) in Bird Rock statt. Das Programm umfasste einen kulturellen Teil mit Musik- und Tanzdarbietungen sowie Reden von Jocelyn Thompson, der Generalsekretärin der CAROSAI, Albert Edwards und K. Dwight Venner, dem Gouverneur der ECCB, der die Hauptrede hielt. Premierminister Dr. Denzil L. Douglas nahm in seiner Rede zum Kongress Thema Stellung und meinte, “dass die Staaten der Karibik nicht umhin könnten, den öffentlichen Sektor zu modernisieren, zu sensibilisieren und seine Rechenschaftspflicht zu stärken, und dass jeder einzelne, der im öffentlichen Sektor tätig sei, vom Bürobediensteten bis hin zum Minister, erkennen müsse, dass die Qualität der Dienstleistungen für diese Tätigkeit von größter Bedeutung sei, und dass die Bürger immer an erster Stelle stehen müssten.”

Die CAROSAI wurde 1988 gegründet und beging auf dem 5. CAROSAI Kongress ihr 12-jähriges Jubiläum. Zu ihren Mitgliedern zählen rund 22 Staaten aus dem gesamten Karibik-Raum. Laut Generalsekretärin Jocelyn Thompson haben in diesen 12 Jahren “alle Verwaltungen genügend Zeit gehabt,

um sich einen genauen Begriff von der CAROSAI zu machen und ihr gegenüber eine positive, unterstützende Haltung einzunehmen.” Während dieser Zeit wurden verschiedene Hilfsprojekte durchgeführt, wie zum Beispiel die Finanzierung von Schulungsprogrammen und Workshops durch die Interamerikanische Entwicklungsbank im Zeitraum von 1995-1998. Allerdings, so merkte Jocelyn Thompson an, “benötige man noch weitere Unterstützung, vor allem seitens der Verwaltungen.”

Kongressprogramm und Diskussion der Fachthemen

Auf dem einwöchigen Programm standen drei Fachsitzungen und einige, von Experten gehaltene Vorträge zu verschiedenen Themen. Auf den Fachsitzungen wurden die folgenden Fragen und Probleme diskutiert:

1. Thema I – Informationstechnologie im Prüfungsprozess

Der Hauptvortrag stammte von der ORKB von Trinidad & Tobago, die Länderpapiere wurden von Bermuda, den Kaimaninseln, Jamaika, St. Lucia und den Turks- und Caicosinseln erstellt. Thema I umfasste sechs Unterthemen:

- Automatisierung des Prüfungsprozesses
- Methoden der Prüfung von EDV-Systemen
- Anwendung computergestützter Prüfungstechniken (CAATS)
- Erfahrungen mit Internet Websites aus dem Bereich des Prüfungswesens
- neueste Entwicklungen im Bereich EDV-Prüfung
- Berichterstattung über verschiedene Aspekte der Y2K-Problematik

Im Zuge der Diskussionen zu Thema I wurden mehrere, überlegenswerte Faktoren genannt, die eine Rolle bei der Verbesserung des technologischen Status quo in den ORKBn spielen. Zu diesen Faktoren zählen die Bemühungen der ORKBn, mit dem steten technologischen Wandel Schritt zu halten, sowie die mit dem Einsatz von Technologie verbundenen Kosten und der daraus resultierende Nutzen. Diesbezüglich erörterten die Teilnehmer die Aufwendungen für Computerhardware und die bereits vor der Inbetriebnahme anfallenden Kosten. Außerdem gab es heftige Diskussionen über die Kosten, die aufgewendet werden müssen, um dem Prüfungs-

personal die in einem durch Technologie geprägten Umfeld erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln.

Neben den Kosten wurden aber auch verschiedene Vorteile hervorgehoben, wie zum Beispiel die Möglichkeit, detaillierte Analysen zu erstellen und Daten schneller zu verarbeiten. Die Kongressteilnehmer meinten, dass das Personal der ORKBn sowohl über Computerkenntnisse als auch über ein fundiertes Wissen in Bezug auf die Grundsätze des Rechnungswesens verfügen sollte. Wenn Verwaltungen Änderungen in ihren Buchführungssystemen vornehmen und ihre ORKBn über diese Veränderungen nicht informieren, bereitet dies den ORKBn häufig Probleme, weil sie die erforderliche Prüfung nur dann durchführen können, wenn sie mit dem computergestützten Buchführungssystem der Verwaltung vertraut sind. Die ORKBn müssen lernen, mit Computern zu arbeiten und nicht um Computer herum zu arbeiten.

2. Thema II – Institutionelle Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörde

Der Hauptvortrag stammte von der ORKB von Guyana, die Länderpapiere wurden von Antigua & Barbuda, Barbados, Bermuda, den Kaimaninseln, Grenada, Jamaika, St. Lucia und den Turks- und Caicosinseln erstellt. Thema II umfasste neun Unterthemen:

- rechtlicher Rahmen
- Prüfungsmandat und Personalpolitik
- Personalentwicklung mittels Schulungen
- Finanzierung, Management und Administration der ORKB, einschließlich gebührenpflichtiger Dienstleistungen
- Prüfungsnormen
- Einsatz von Analyseverfahren im Prüfungswesen
- Computer als Prüfungsinstrument
- Garantie der Befolgung von Prüfungsempfehlungen
- Austausch von Informationen und Ressourcen unter den ORKBn

Die lebhafteste Diskussion wurde von drei der neun oben genannten Unterthemen dominiert, und zwar von der Frage des rechtlichen Rahmens, des Prüfungsmandats und der Personalpolitik sowie der Garantie der Befolgung von Prüfungsempfehlungen. Es wurde grundsätzlich festgestellt, dass bereits verfassungsrechtliche oder andere rechtliche Bestimmungen für ORKBn existierten, die den Leitern der ORKBn eine gewisse Maß an Unabhängigkeit zugestehen. Zu diesen Bestimmungen zählen Regelungen über die Amtszeit des ORKB-Leiters, die Höhe seines Gehalts und die Weisungsfreiheit der ORKB in der Ausübung ihrer Funktionen. Die Faktoren, die als Gefahr für die Unabhängigkeit der ORKBn gesehen werden, waren die fehlende Entscheidungskompetenz in Personal- und Besoldungsfragen, der fehlende Zugang zu ausreichenden Finanzmitteln und Defizite hinsichtlich der

von der Gesetzgebung erteilten Mandate, die die Prüfungsbereiche der ORKBn einschränken.

3. Thema III – Das System der Periodenabgrenzung

Der Hauptvortrag stammte von der ORKB von den Turks- und Caicosinseln, die Länderpapiere wurden von Bermuda, den Kaimaninseln und Trinidad & Tobago erstellt. Thema III umfasste drei Unterthemen:

- Einnahmen-Ausgabenrechnung vs. Periodenabgrenzung
- Umsetzungsplan für den öffentlichen Dienst
- Übergangsverfahren und verbundene Kosten

In der Diskussion am Nachmittag wurden vier Modelle für die Einnahmen-Ausgabenrechnung und für die Periodenabgrenzung präsentiert: Einnahmen-Ausgabenrechnung, modifizierte Einnahmen-Ausgabenrechnung, modifizierte Periodenabgrenzung und Periodenabgrenzung. Es wurden verschiedene Argumente für und wider die beiden Alternativen vorgebracht. Die Einnahmen-Ausgabenrechnung ist einfach anzuwenden und leicht verständlich. Sie ist weiters objektiv und äußerst nützlich, um die Einhaltung des Einnahmen-Ausgabenplans zu beurteilen und die Barmittel zu überwachen. Allerdings lässt sich anhand der Einnahmen-Ausgabenrechnung kein vollständiges Bild der Wirtschaftlichkeit zeichnen, und diese Art der Buchführung wird zudem auch häufig manipuliert. Dagegen bietet die Periodenabgrenzung eine Möglichkeit, die Einnahmen- und Ausgabegebarung zu verbessern, und ist eine wertvolle Hilfe für eine ergebnis- und ressourcenorientierte Gebarung. Allerdings ist die Periodenabgrenzung etwas komplizierter und erfordert ein höheres Maß an Fachwissen zur Umsetzung ihrer Grundsätze.

Im Rahmen seiner gemeinsamen Erklärung, gab der Kongress die folgenden Empfehlungen ab:

- Die ORKBn müssen den gesetzlichen Auftrag haben, den Jahresbericht des Auditor General direkt dem Parlament vorzulegen.
- Die ORKBn sollten ihre Kunden dazu auffordern, bestimmte Personen innerhalb ihrer Organisation zu ernennen, die für die Umsetzung der von der ORKB abgegebenen Empfehlungen verantwortlich sind.
- Die ORKBn sollten nach Möglichkeit die Unterstützung der Medien gewinnen, um Prüfungsfeststellungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit das Bewusstsein und Interesse der Öffentlichkeit zu steigern und die Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit zu verstärken.
- Die ORKBn sollten selbst Maßnahmen ergreifen, um ihre Unabhängigkeit von der Exekutive zu betonen und um sich einen eigenen Haushalt sowie Unab-

hängigkeit und Flexibilität bei der Einstellung und Besoldung ihrer Mitarbeiter und anderen damit verbundenen Fragen zu sichern.

- Die ORKBn sollten dafür sorgen, dass ihre Entscheidung zur Durchführung eines Prüfungsauftrags im Einklang mit ihrem gesetzlichen Auftrag erfolgt und keine Gefährdung der Unabhängigkeit ihrer Standespflichten darstellt.
- Die ORKBn sollten eine zunehmende Automatisierung ihrer Behörden und Prüfungsprozesse vornehmen, um so die Wirtschaftlichkeit ihrer Behörden gewährleisten und die computergestützte Rechnungsführung des Staates prüfen zu können.
- Die ORKBn sollten dafür Sorge tragen, dass entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um die Integrität ihrer Systeme und vertraulichen Daten zu schützen.
- Die ORKBn sollten bestrebt sein, internes EDV-Fachwissen aufzubauen, können jedoch komplexere EDV-Angelegenheiten auch extern bearbeiten lassen.
- Die CAROSAI sollte sofort mit der Einrichtung einer Website beginnen, um die Öffentlichkeit über die Arbeit der ORKBn zu informieren.
- Die ORKBn sollten den Rechnungsprüfungsausschuss darin bestärken, seine Sitzungen öffentlich abzuhalten.
- Die ORKBn sollten ihre Verwaltungen dazu auffordern, ihre Buchführung von der Einnahmen-Ausgabenrechnung auf die Periodenabgrenzung umzustellen, um mit der globalen Entwicklung Schritt zu halten.
- Die CAROSAI wird die Ziele der mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) geschlossenen Kooperationsabkommen aktiv verfolgen und Beziehungen mit anderen internationalen Organisationen und Finanzkontrollbehörden fördern.

Vorträge der Beobachter

Zu den weiteren Beiträgen zählten auch Reden und Vorträge der Vertreter der INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI), des britischen National Audit Office (NAO), der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Association of Certified Chartered Accountants (ACCA), und des US General Accounting Office (GAO). Michaela Ott-Spracklin übermittelte Grüße des Generalsekretärs der INTOSAI. In ihrer Rede meinte sie, dass "die INTOSAI in jüngster Vergangenheit dem Thema der guten Staatsführung sehr viel Aufmerksamkeit entgegengebracht habe".

Bereits die auf dem 9. INTOSAI Kongress 1977 verabschiedete Deklaration von Lima über die Leitlinien der Finanzkontrolle enthält genau jene Grundsätze, die die ORKBn dazu befähigen sollen, ihren Beitrag zu einer guten Staatsführung zu leisten. Besonders bedeutend ist in diesem Zusammenhang der

Ruf nach einer unabhängigen Finanzkontrolle. In der Deklaration von Lima heißt es, dass die ORKBn ihre Aufgabe nur dann objektiv und wirkungsvoll erfüllen können, wenn sie von der überprüften Stelle unabhängig gestellt sind und gegen Einflüsse von außen geschützt werden."

Unterzeichnung des OAS-Abkommens

Einer der Höhepunkte des CAROSAI-Kongresses war ein Vortrag von Linda Fealing, der Generalinspektorin der Organisation Amerikanischer Staaten, und die anschließende Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der CAROSAI und der OAS. In ihren Ausführungen erklärte Linda Fealing, dass die Prüfer und Prüfungsbehörden "unsere Aufgabe gegenüber den Verwaltungen, denen wir zuarbeiten, nicht unterschätzen dürfen." Man erwartet von uns, objektiv zu sein und unsere Berichte entsprechend unseren beruflichen Normen und Richtlinien abzufassen, auch wenn unsere Erkenntnisse für die geprüften Stellen nicht immer angenehm sind."

Technische Hilfsprogramme und Schulungsprogramme

Der Bedarf an Schulungen und technischer Hilfe für die CAROSAI war eines der Hauptthemen in der Diskussion unter den Teilnehmern. Dazu wurden drei sehr interessante Vorträge von Vertretern der Entwicklungsinitiative der INTOSAI (IDI) und dem US General Accounting Office (GAO) gehalten. Richard Gagné von der IDI-Kanada berichtete über den aktuellen Stand des langfristigen regionalen Schulungsprogramms der IDI (LTRTP) für ORKBn aus dem Karibik-Raum. In seinem Programmüberblick berichtete Gagné, dass seit der Einführung des Programms 83 Workshops mit über 2900 Teilnehmern aus 155 Ländern durchgeführt wurden. Bei den Diskussionen waren der Bedarf an weiteren Schulungen sowie die Notwendigkeit, mehr Mitarbeiter an solchen Schulungen teilnehmen zu lassen, die dominierenden Themen. In Folge wurde die Idee von Satelliten- oder Regionalprogrammen vorgestellt, um auf diese Weise den ORKBn mehr Schulungsprogramme zur Verfügung zu stellen. Der Kerngedanke hinter dieser Idee war, dass die ORKBn ihre Verwaltungen zu einer Kofinanzierung dieser Initiative auffordern sollten, wobei die Workshops von mehreren ORKBn derselben Region gefördert werden.

Im Anschluss an Richard Gagnés Vortrag übernahm Kirsten Astrup, Generaldirektorin bei der ORKB Norwegens und der IDI-Norwegen, das Rednerpult. Astrup erklärte, dass das Hauptziel der IDI darin bestehe, Entwicklungsländer bei der Verbesserung ihrer Prüfungskapazitäten durch eine effektive Behandlung aktueller Prüfungsfragen mittels Schulungen, Informationsaustausch und technischer Hilfe für die Regionen der INTOSAI zu unterstützen. Sie informierte den Kongress, dass die IDI mit Anfang Januar 2001 von Kanada nach Norwegen übersiedeln werde und dass bereits alles für eine reibungslose Übergabe vorbereitet wird. Sie berichtete, dass Mitglieder der IDI-Norwegen bereits Antrittsbesuche in verschiedenen Regionen durchgeführt haben, um Kontakte zu

knüpfen, und dass gegenwärtig diverse Finanzierungsmöglichkeiten für die Programme und Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den Regionen untersucht werden. Astrup stellte fest, dass der strategische Plan für den Zeitraum 2001-2006 vom Präsidium der IDI angenommen worden war und zitierte die folgenden fünf Zielsetzungen des Plans: Sicherung und Stärkung der Schulungskapazität in den Regionen der INTOSAI, Einrichtung und/oder Stärkung von Netzwerken für Kursleiter, Zusammenarbeit mit den ständigen Ausschüssen und Arbeitsgruppen der INTOSAI, Erweiterung des Informationsprogramms der IDI und Untersuchung des Potentials von Fernunterrichtsprogrammen.

Benjamin Ross vom US General Accounting Office (GAO) bot dem Kongress einen Überblick über das GAO und die Aktivitäten im Rahmen des International Auditor Fellowship Program. Ross beschrieb das 41/2 Monate dauernde Fellowship Program und hielt fest, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt rund 300 Personen aus 80 Ländern dieses Programm absolviert hatten.

CAROSAI Interna

Der 5. Kongress der CAROSAI diente auch zur Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten. Die CAROSAI begrüßte die ORKB von Antigua & Barbuda als neues Mitglied des Exekutivrats und wählte die ORKB der Bahamas zum Rechnungsprüfer der CAROSAI. Die Delegierten sprachen sich einstimmig und unter größter Anerkennung für Jocelyn Thompson und ihr Team für einen Verbleib des

Generalsekretariats in Trinidad & Tobago aus. Die ORKB von Bermuda ist Gastgeber des nächsten, in drei Jahren stattfindenden CAROSAI-Kongresses.

Der Auditor General von Guyana, Anand Goolsarran, beendet seine Amtszeit als Vorsitzender der CAROSAI. In seiner Rede nahm er zum Kongressthema Stellung und meinte: "Ich glaube, dass das gewählte Thema für unsere gegenwärtige Situation in der Karibik von größter Relevanz ist. Es spiegelt nicht nur unser Motto "Für eine Verstärkung der Rechenschaftspflicht" wider, das wir unserer Tätigkeit als ORKBn stets zugrunde legen, sondern spricht auch für Good Governance. Letztere kann nur durch Offenheit, Transparenz und verstärkte Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit erreicht werden. Allerdings werden auf dem Gebiet der Informationstechnologie so große Fortschritte gemacht, dass wir sie unbedingt für unsere Zwecke nutzen müssen, wenn unsere Bemühungen zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und Good Governance die gewünschten Ergebnisse bringen sollen."

Nähere Informationen sind erhältlich beim Generalsekretariat der CAROSAI, c/o Office of the Auditor General, Eric Williams Financial Complex, Independence Square, P.O. Box – 340, Port-of-Spain, Trinidad und Tobago, Tel.: 868-627-9675; 625-4255 (DL), Fax: 868-625-5354; oder beim Vorsitzenden der CAROSAI, c/o Office of the Auditor General of St. Kitts and Nevis, P.O. Box – 19, Basseterre, St. Kitts und Nevis, Tel.: 869-465-2521 DW1051, Fax: 869-466-8510, E-mail: adioffskn@caribsurf.com. ■

Länderprofil: Das Staatliche Finanzkontroll- und Inspektionskomitee der Mongolei

von B. Batbayar, Generalsekretär, Staatliches Finanzkontroll- und Inspektionskomitee der Mongolei

Geschichte

Die jüngere Geschichte der Mongolei lässt sich in zwei Perioden gliedern: die Zeit von 1921-1990 – das sozialistische System mit einer zentralen Planwirtschaft und einem Einparteiensystem; und die Zeit von 1990 bis heute – der Übergang zur Marktwirtschaft in einer demokratischen Gesellschaft mit einem Mehrparteiensystem.

Gemäß der neuen 1992 verabschiedeten Verfassung der Mongolei begann man, neue Institutionen einer demokratischen Verwaltung einzurichten. Eine davon ist das Staatliche Finanzkontroll- und Inspektionskomitee, die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Mongolei, die 1995 mit dem Finanzkontrollgesetz ins Leben gerufen wurde.

Allerdings muss angemerkt werden, dass es unter dem früheren Regime eine Kontrollorganisation gab, die im Jahr 1922 als Inspektionsabteilung innerhalb der Volksverwaltung der Mongolei eingerichtet und 1990 mit der Abschaffung des Komitees für Volkskontrolle wieder aufgelöst wurde. Die Kontrollorganisation der Mongolei hat in ihrer langjährigen Geschichte zehn Mal ihren Auftrag, Status, Aufgabenbereich und Namen geändert.

Hauptaufgaben und Kompetenzbereich

Nach Maßgabe des Finanzkontrollgesetzes bestehen die Hauptaufgaben der ORKB in der Prüfung der Einhebung der Einnahmen des zentralen Staatshaushalts, der Verteilung und Verwendung der Haushaltsmittel, der Prüfung der Kontrollfunktion über die Verwendung, Veräußerung, Verwaltung und den Schutz der staatlichen Vermögenswerte und die Überprüfung und Beurteilung der Einhaltung der Ehrenordnung für Angestellte des öffentlichen Dienstes seitens per Gesetz festgelegter hochrangiger Beamter.

Das Gesetz bestimmte den Umfang der Prüfungs-kompetenzen der ORKB. Die ORKB hat das Recht, das Parlament (Großer Staatshural), den Präsidenten, den Verfassungsgerichtshof und das Regierungskabinett sowie deren Sekretariate, die Gerichte und die Staatsanwaltschaft, Ministerien, Regulierungs- und Durchführungsbehörden der Verwaltung, die Zentralbank, andere aus dem zentralen Haushalt finanzierte Organisationen sowie das Aktienvermögen der öffentlichen Hand zu prüfen. Der Vorsitzende und die Inspektoren sollen im Auftrag des Parlaments die Haushaltsaufwendungen für den Nachrichtendienst, das Heer und die Einsatzkräfte der Polizei prüfen. Der Prüfungsauftrag der ORKB umfasst auch Sonderfonds der Verwaltung, die Verwendung

von ausländischer Finanzhilfe in Form von Darlehen und Zuschüssen sowie die Ergebnisse staatlicher Haushaltsinvestitionen. Kurz gesagt, die ORKB hat das Recht, die Ausgaben des zentralen Staatshaushalts in allen damit verbundenen Behörden zu prüfen.

Die mongolische ORKB führt auch Prüfungen der internen Kontrollsysteme für die Verwendung, Veräußerung, Verwaltung und den Schutz der staatlichen Vermögenswerte in den entsprechenden Behörden durch.

Die ORKB ist berechtigt, die staatliche Haushaltsführung des Vorjahres zu beurteilen, Vorschläge zum Haushaltsentwurf für das kommende Jahr und Empfehlungen zur Erhöhung der Einnahmen und Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsmittel abzugeben und dem Parlament vorzulegen.

Eine konkrete Funktion der mongolischen ORKB, die sich vielleicht von jenen anderer ORKBn unterscheidet, ist die Überprüfung von eventuellen Verletzungen der Ehrenordnung für Angestellte des öffentlichen Dienstes seitens hochrangiger Beamter. Die Liste der einer solchen Überprüfung unterliegenden Beamten ist gesetzlich festgelegt und beinhaltet unter anderem so hochrangige Ämter und Institutionen wie Kabinetminister, den Leiter der Zentralbank, den öffentlichen Verwaltungsdienstausschuss (Beamtenkommission), Regulierungs- und Durchführungsbehörden der Verwaltung, Staatssekretäre in Ministerien, Gouverneure der Provinzen und Botschafter.

Unabhängigkeit

Das Staatliche Finanzkontroll- und Inspektionskomitee ist die durch das staatliche Finanzkontrollgesetz eingerichtete Oberste Rechnungskontrollbehörde der Mongolei. Sie ist der Legislative verantwortlich und ist von der Exekutive unabhängig gestellt. Das Parlament ernennt und entlässt den Vorsitzenden und die Mitglieder der ORKB. Deren Amtszeit beträgt sechs Jahre. Mit Ausnahme von wenigen Fällen können der Vorsitzende und die Mitglieder ihres Amtes nicht enthoben werden. Falls der Vorsitzende dem Parlament aus gesundheitlichen oder anderen berechtigten Gründen ein Rücktrittsgesuch unterbreitet, wird das Gesuch vom Parlament angenommen. Wenn er sein Amt nicht ordnungsgemäß ausübt oder ein Gesetz verletzt, wird er vom Parlament aus seiner Position abberufen.

Die mongolische ORKB zeichnet sich durch funktionelle Unabhängigkeit aus. Normalerweise entscheidet die ORKB über die zu prüfenden Stellen und die Prüfungsthemen. Sie

führt auch einige Prüfungen im Auftrag des Parlaments und aufgrund von Informationen von Bürgern und Organisationen durch. Sie hat uneingeschränkten Zugang zu den für die Prüfungen erforderlichen Dokumenten und Unterlagen. Die ORKB hat das Recht, ihre Organisationsstruktur sowie Regeln und Vorschriften für die Organisation ihrer Tätigkeit mitzubestimmen und kann Experten zur Prüfungsarbeit hinzu ziehen, nachdem zuvor die Zustimmung der Organisation des jeweiligen Experten eingeholt wurde.

Das Personalmanagementsystem der ORKB ist nicht vom öffentlichen Verwaltungsdienstausschuss (Beamtenkommission) abhängig. Bei der Einstellung neuer Mitarbeiter müssen öffentliche Verwaltungsorganisationen ihre Wahl unter jenen Kandidaten treffen, die die Aufnahmeprüfung für den öffentlichen Dienst bestanden haben und vom öffentlichen Verwaltungsdienstausschuss vorgeschlagen wurden. Die ORKB verfügt jedoch bei der Einstellung ihrer Inspektoren über absolute Entscheidungsfreiheit.

Allerdings ist es dringend erforderlich, die finanzielle Unabhängigkeit der ORKB zu gewährleisten. Obwohl das Finanzkontrollgesetz vorschreibt, dass der Haushalt der ORKB vom Parlament angenommen werden muss, wurde diese Bestimmung bisher nicht ausreichend umgesetzt. Es ist kein Geheimnis, dass die ORKB zur Zeit nicht über genügend Mitarbeiter und Mittel verfügt, um ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen. Wir wissen, dass der Hauptgrund für diese Situation in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Übergangszeit und im enormen Haushaltsdefizit zu suchen ist.

Organisation und Aufbau

Die mongolische ORKB setzt sich aus einem Vorsitzenden und acht externen Mitgliedern zusammen. In seinem Rang ist der Vorsitzende der ORKB einem Kabinettsminister gleichgestellt, und er nimmt in beratender Funktion an Parlaments- und Kabinettsitzungen teil. Der Generalsekretär hat die Aufgabe die Prüfungen zu organisieren und leitet die Prüfungs- und Verwaltungseinheiten unter der Aufsicht des Staatlichen Finanzkontroll- und Inspektionskomitees. Gegenwärtig umfasst die mongolische ORKB zwei Prüfungs- und Inspektionsabteilungen, die über unterschiedliche Prüfungsbereiche und -aufträge verfügen. Die Verwaltungsabteilung ist für administrative Angelegenheiten zuständig.

Es gibt 22 regionale Finanzkontroll- und Inspektionskomitees in der Hauptstadt und den 21 Provinzen (Aimaks) der Mongolei. Die regionalen Komitees bestehen aus einem Vorsitzenden und sechs externen Mitgliedern. Der Vorsitzende wird von der ORKB, die Mitglieder werden vom Provinz-Volkshural (Regionalparlament) ernannt bzw. abberufen. Die regionalen Komitees verfügen über ihr eigenes Personal und erfüllen die gleichen Aufgaben wie die ORKB. Allerdings erstreckt sich ihre Tätigkeit nur auf ihre jeweilige Provinz und konzentriert sich hauptsächlich auf die Mittel aus ihrem regionalen Haushalt.

Die mongolische ORKB gibt den Regionalkomitees fachliche und methodologische Richtlinien vor und hat das Recht, sie mit der Durchführung von Prüfungen für die ORKB zu beauftragen.

Prüfungsarten

Zur Zeit führt die ORKB hauptsächlich traditionelle Ordnungsmäßigkeitsprüfungen durch. Durch diese Prüfungen soll vor allem gewährleistet werden, dass die Haushaltsführung den bestehenden einschlägigen Gesetzen und Vorschriften entspricht.

Davon abgesehen ist die ORKB gerade dabei, Methoden und Techniken für Wirtschaftlichkeitsprüfungen einzuführen. Der Gesetzesentwurf über öffentliches Management und öffentliche Finanzwirtschaft, der auf Grundlage des New Public Management-Konzepts und des neuseeländischen Verwaltungsmodells für den öffentlichen Sektor ausgearbeitet wird, liegt zur Zeit beim Parlament. Sollte er angenommen werden, wäre die ORKB dazu aufgefordert, eine Gesamtrechnungsprüfung der Jahresabschlüsse der Verwaltung, Ministerien und Behörden durchzuführen. Das Pilotprojekt zur Einführung dieser Reform wurde bereits initiiert, und die ORKB ist eine der fünf Pilotbehörden.

Berichterstattung

Die ORKB legt dem Parlament einen Jahresbericht vor, der zunächst im ständigen Ausschuss für Haushalt und Staatsstruktur diskutiert und anschließend in der Plenarsitzung des Parlaments erörtert wird. Während des Jahres hält die ORKB das Parlament über die Ergebnisse einzelner Prüfungen auf dem Laufenden. Erforderlichenfalls informiert die ORKB den Präsidenten, Premierminister und die betreffenden Minister sowie andere Beamte über die Prüfungsergebnisse.

Einzelne Prüfungsberichte werden in den Sitzungen der ORKB besprochen, die normalerweise für die Presse zugänglich sind. Die ORKB gibt Pressemitteilungen über die Prüfungsergebnisse heraus, die der Öffentlichkeit über die Massenmedien bekannt gemacht werden. Außerdem werden der Jahresbericht der ORKB sowie ihre vierteljährlich erscheinende Zeitung als Beilage einer mongolischen Tageszeitung veröffentlicht.

Die regionalen Rechnungsprüfungsbehörden berichten an ihre Regionalparlamente und informieren die ORKB über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit.

Herausforderungen der Zukunft

Die mongolische ORKB ist gegenwärtig bemüht, ihre Arbeitsmethoden weiter zu verbessern, um sie den Standards der ORKBn in Industriestaaten anzugleichen, ihre organisatorische Kapazität zu stärken und ihre Unabhängigkeit zu sichern. Zu diesem Zweck wäre es nach Ansicht der ORKB erforderlich, das Mandat der ORKB zur Gewährleistung ihrer rechtlichen und finanziellen Unabhängigkeit in der Verfassung der Mongolei festzulegen und neue Methoden und Techniken sowohl für Wirtschaftlichkeits- als auch für Prüfungen der Rechnungsführung einzuführen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: State Audit and Inspection Committee of Mongolia, Government Building Nr. 4, Baga Toiruu – 6, Ulaanbaatar – 46, Mongolei; Tel.: (976-1) 322071; Fax: (976-1) 323266; E-mail: batbayar_b@saic.pmis.gov.mn. ■

Neuerscheinungen

Der internationale Währungsfonds (IWF) hat zwei neue Broschüren aus seiner Reihe von Publikationen zu Wirtschaftsthemen veröffentlicht. *The Challenge of Predicting Economic Crises* (Die Schwierigkeit der Früherkennung von Wirtschaftskrisen) von Andrew Berg und Catherine Pattillo behandelt verschiedene Fragen in Zusammenhang mit der Früherkennung von Wirtschaftskrisen (wie zum Beispiel die Krise in Mexiko 1994 und die Krise in Asien 1997) durch den Einsatz verschiedener Frühwarnsysteme. Forschungsergebnisse zahlreicher Institutionen, darunter der IWF und die US Federal Reserve, zeigen, dass einige Modelle zwar sehr nützlich für die Früherkennung von Wirtschaftskrisen sind, dass aber weitere Bemühungen unternommen werden müssen, um deren Ursachen besser zu verstehen. Die zweite Broschüre, die von Thomas Wolf und Emine Gurgen verfasst wurde, trägt den Titel *Improving Governance and Fighting Corruption in the Baltic and CIS Countries* (Verbesserung der Staatsführung und Bekämpfung der Korruption in den Staaten des Baltikums und der GUS). Diese Publikation untersucht, wie die 15 unabhängigen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion ihren Übergang zur Marktwirtschaft begonnen haben und überprüft die Zusammenhänge zwischen Staatsführung und Korruption sowie die hohen wirtschaftlichen Kosten, die Korruption verursacht. Sie hebt auch die Zusammenarbeit des IWF mit den baltischen und GUS-Staaten zur Errichtung stabiler Volkswirtschaften und Durchführung wichtiger Strukturreformen hervor.

Ebenfalls vom IWF stammt ein neues Buch mit dem Titel *AFRICA: Adjusting to the Challenges of Globalization* (AFRIKA: Anpassung an die Herausforderungen der Globalisierung), herausgegeben von Laura Wallace. Die Publikation präsentiert die Tagungsunterlagen zu einem im Mai 1998 veranstalteten Seminar, auf dem Möglichkeiten diskutiert wurden, um das Wachstum in Afrika in unserer zunehmend globalisierten Welt zu beschleunigen und betont, dass der südlich der Sahara gelegene Teil des Kontinents ein schnelleres Wirtschaftswachstum und eine wirksamere Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik benötigt, wenn ein Aufholprozess gestartet werden und der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung vermindert werden soll. Die Publikationen des IWF sind erhältlich bei: **IMF Publications Services, 700 19th Street, NW, Washington, DC 20431, USA (Tel.: ++202-623-7430; Fax: ++202-623-7201) E-mail: publications@imf.org.**

* * * * *

Richtlinien für interne Kontrolle sind ein Thema, dem in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Daher sind die Leser dieser Zeitschrift möglicherweise am neuen Buch von Steven J. Root mit dem Titel *Beyond*

COSO-Internal Control to Enhance Corporate Governance (Weiterführung der COSO-Richtlinien für Interne Kontrolle zur Verbesserung der Unternehmensführung) interessiert. Die Publikation erläutert die komplexen Aspekte des COSO-Berichts und gibt gleichzeitig klare Richtlinien zur Umsetzung verschiedener interner Kontrollsysteme vor. Aufbauend auf dem COSO-Rahmen wird ein rigoroses System erstellt, mit dessen Hilfe die interne Kontrollfunktion in ein wertvolles strategisches Instrument zur Förderung der Stärken des jeweiligen Unternehmens und zur Verbesserung der Leistung verwandelt werden kann. Das Buch ist in englischer Sprache erschienen bei: **John Wiley & Sons, 605 Third Avenue, New York, New York 10158, USA. (Tel.: ++212-850-6336). US\$ 34,95.**

* * * * *

Exemplare der Konferenzunterlagen der am 17. und 18. Februar 2000 in Madrid veranstalteten ersten Euro-Amerikanischen Konferenz der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKBn), an der Vertreter der EUROSAI und OLACEFS teilnahmen, sind nun erhältlich. Die Konferenz diente als Forum für einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zum Thema Integration und Globalisierung. Dabei wurden drei Hauptthemen erörtert: (1) Die ORKB im Prozess der Integration und Globalisierung; (2) Erfahrungen aus Kooperationen der ORKBn im gegenwärtigen Integrations- und Globalisierungsprozess innerhalb der EUROSAI und der OLACEFS; und (3) Zukunftsperspektiven für die Finanzkontrolle und die Zusammenarbeit unter den ORKBn innerhalb der EUROSAI und der OLACEFS. Die Konferenz fand unter der Schirmherrschaft der Obersten Rechnungskontrollbehörde Spaniens statt. Exemplare der Konferenzunterlagen (in englischer und spanischer Sprache) können schriftlich beim spanischen Rechnungshof angefordert werden: **Presidente de Tribunal de Cuentas de España, Fuencarral 81, Madrid, Spanien 28004 (Tel.: ++011-34-1-445-8112; Fax: ++011-34-1-446-7600).**

* * * * *

Der Kampf gegen Korruption ist nach wie vor eines der Hauptanliegen von Finanzkontrollbehörden auf der ganzen Welt. *Corrupt Cities, a Practical Guide to Cure and Prevention* (Korrumpierte Städte, ein praktischer Leitfaden zur Bekämpfung und Prävention) zeigt Beispiele für Anti-Korruptionsstrategien auf und bietet Vorschläge zur Umsetzung in Problembereichen, die durch politische Gleichgültigkeit, eine träge Bürokratie und mangelnde Unterstützung seitens der Bürger geprägt sind. Anhand von zwei Beispielen, Hongkong 1970 und La Paz 1980, stellt das Buch sowohl theoretische als auch

praktische Wege zur Bekämpfung von Korruption dar. Exemplare des Buches in englischer Sprache sind erhältlich bei: **ICS Press Institute for Contemporary Studies, P.O. Box 578 Jim Thorpe, PA 18229 (Tel.: ++1-800-326-0263 oder Fax: ++510-238-8440).**

“Die Bekämpfung von Korruption in Entwicklungs- und Schwellenländern: Die Rolle des *Privatsektors*” war das Thema einer in Washington DC veranstalteten Konferenz über das Problem der Korruption. Die Ziele der Konferenz waren, (a) einen Einblick in das weitverbreitete Problem der Korruption in Entwicklungsländern zu erhalten, (b) Erfahrungen von

Unternehmen, die sich im Kampf gegen die Korruption engagieren, zu beleuchten, (c) Organisationen, Behörden und Unternehmen mit Informationen zu versorgen, um sie bei ihren Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption zu unterstützen, (d) den Grundstein für erfolgreiche Partnerschaften zu legen und (e) Maßnahmen zu bestimmen, die die Korruption in Entwicklungs- und Schwellenländern eindämmen sollen. Exemplare des Schlussberichts sind erhältlich bei: **INTERCOM-Washington Conference Organizers, 1101 30th Street, NW, suite 500, Washington, DC 20007 (Tel.: ++202-887-1887 und Fax: ++202-887-1888.) ■**

Das IDI Sekretariat übersiedelt von Kanada nach Norwegen

Der 1. Januar 2001 war ein besonderer Tag in der Geschichte der Entwicklungsinitiative der INTOSAI (IDI). Nachdem seine Tätigkeit 15 Jahre lang von Kanada aus geleitet worden war, wurde der Sitz des IDI-Sekretariats nun nach Norwegen verlegt. Auf dem XVI. INCOSAI 1998 beauftragte die Generalversammlung der INTOSAI die ORKB Norwegens, mit Beginn des Jahres 2001 die Aufgaben des IDI-Sekretariats zu übernehmen.

Die Vorbereitungen Norwegens für die Übernahme dieser neuen Funktion bestanden vor allem darin, sich in die Programme und Aktivitäten der IDI einzuarbeiten und daran teilzunehmen sowie in Norwegen eine neue IDI-Organisation einzurichten.

Die norwegische ORKB richtete 1999 die IDI-Stiftung als eigenständige Organisation nach norwegischem Gesetz ein. Der Leiter der ORKB Norwegens ist der Vorsitzende der IDI-Stiftung und die ORKB-Leiter aus Kanada, den Niederlanden und Großbritannien fungieren ebenso wie drei hochrangige Mitarbeiter der norwegischen ORKB als Vorstandsmitglieder. Der Generalsekretär der INTOSAI hat bei den Vorstandssitzungen Beobachterstatus.

Das neue IDI-Sekretariat in Norwegen begann seine Tätigkeit 1999 in kleinem Rahmen und hat sich im Laufe des letzten Jahres zusehends vergrößert. Am 1. Januar 2001 belief sich die Zahl seiner Mitarbeiter auf 8 Personen, von denen zwei bereits bei der IDI in Kanada tätig waren und nun für zwei Jahre im neuen IDI Sekretariat in Norwegen arbeiten werden. Dies soll die reibungslose Übergabe der Aufgaben unterstützen und dem neuen Sekretariat wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen bringen. Im Laufe des Jahres 2001 werden weitere Mitarbeiter eingestellt, deren Hauptaufgabe in der Betreuung der verschiedenen Programme bestehen wird.

In den Jahren 1999 und 2000 nahmen Vertreter der norwegischen ORKB als Beobachter an den Schulungsaktivitäten der IDI, vor allem an Workshops des langfristigen Schulungsprogramms (LTRTP) und an Sitzungen des Schulungsausschusses der regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI, teil. Dabei wurde der hohe professionelle Standard des kanadischen IDI-Sekretariats als Organisator von Schulungsaktivitäten

und Moderator bei Sitzungen eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die neuen IDI-Mitarbeiter konnten viele wertvolle Erfahrungen gewinnen, und es wird sicherlich eine große Herausforderung für das neue Sekretariat sein, den hohen vorgegebenen Standard beizubehalten.

Im Jahr 2000 war die Ausarbeitung eines neuen strategischen Plans eine der Hauptaktivitäten des neuen IDI-Sekretariats. Der strategische Plan 2001-2006 wurde im März 2000 vom Vorstand der IDI-Stiftung angenommen und vom Präsidium der INTOSAI auf dessen 47. Tagung, die vom 23. bis 25. Mai 2000 in Seoul, in Korea, stattfand, genehmigt. Das Ziel des Plans besteht in der Konsolidierung der Ergebnisse des LTRTP, das in den meisten Regionen der INTOSAI umgesetzt wurde. Dazu zählt auch die Unterstützung der verschiedenen regionalen Schulungsausschüsse und der rund 150 von der IDI ausgebildeten Schulungsexperten, die für die Abhaltung von lokalen und regionalen Schulungskursen für die Mitglieds-ORKBn verantwortlich sind.

Im Plan wird auch eine deutliche Erweiterung des Informationsaustauschprogramms der IDI und eine Untersuchung von Möglichkeiten zum Ausbau der Schulungstätigkeit und anderer kapazitätsbildenden Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den ständigen Ausschüssen und den Arbeitsgruppen der INTOSAI gefordert. Mit der Operationalisierung des Plans wurde im Jahr 2000 in Form von Beratungen mit den regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI und einer Beleuchtung verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten für die Programme begonnen.

Eine neue Entwicklung des letzten Jahres war die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der IDI und der EUROSAI. Unter dem derzeitigen französischen Vorsitz der EUROSAI werden neue Kontakte geknüpft, und es wurde beschlossen, mit Vorbereitungen für die Durchführung des LTRTP in den ORKBn der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder zu beginnen. Zu diesem Zweck wurde von 11.-13. Dezember 2000 in Oslo ein Workshop für strategische Planung veranstaltet, an dem Vertreter von 19 ORKBn und anderen Institutionen teilnahmen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Riksrevisjonen, Pilestredet 42, Postboks 8130 Dep, 0032 Oslo, Norwegen, Tel.: 47 (2) 224 10 00, Fax: 47 (2) 224 10 01, E-mail: riksrevisjonen@riksrevisjonen.no.

Muñoz zum neuen Leiter der Madrider Finanzkontrollbehörde ernannt

Ramon Muñoz Alvarez wurde zum ersten Präsidenten der neu eingerichteten regionalen Finanzkontrollbehörde von Madrid ernannt. Als langjähriges aktives Mitglied der INTOSAI ist Muñoz kein Unbekannter in der Gemeinschaft der Obersten Rechnungskontrollbehörden. Seine führende Tätigkeit innerhalb der INTOSAI begann im Jahr 1974, als Spanien den VIII. Internationalen Kongress der Obersten Rechnungskontrollbehörden ausrichtete, und setzte sich durch seine Mitwirkung bei zahlreichen INTOSAI-Projekten fort, wie zum Beispiel der 1992 gebildeten Task Force zur Überprüfung der Statuten der Organisation.

Vor seiner Ernennung zum Präsidenten der regionalen Finanzkontrollbehörde von Madrid war Muñoz neun Jahre lang Mitglied des spanischen Rechnungshofes und bekleidete das Amt des Direktors für regionale Angelegenheiten.

Die Zeitschrift schließt sich den Glückwünschen der Kollegen von Ramon Muñoz auf der ganzen Welt an und wünscht ihm für seine neue Tätigkeit viel Erfolg. Die Adresse seines neuen Büros lautet: Camara de Cuentas de la Comunidad de Madrid, Avda. de los Madronas 29, 28043-Madrid, Spanien, Tel.: 34-91-759-9767, Fax: 34-91-721-8837.

Neues ASOSAI-Sekretariat – Indien

Auf der 8. Tagung der ASOSAI, die im Oktober 2000 in Thailand stattfand, übernahm die Oberste Rechnungskontrollbehörde Indiens das Sekretariat der ASOSAI vom japanischen Board of Audit, das diese Funktion seit 1991 neun Jahre lang innehatte.

Die Kontaktadresse des neuen ASOSAI-Sekretariats in Indien lautet: Office of the Comptroller and Auditor General of India, 10 Bahadur Shah Zafar Marg, New Delhi, 100002 Indien, Tel.: 91-11-323-1613, Fax: 91-11-323-5446, E-mail: <asosai@cag.delhi.nic.in>, Internet: <www.asosai.org>.

INTOSAI-Veranstaltungskalender 2001

Januar

April

ARABOSAI Kongress
Marokko
24. bis 27. April

Juli

Oktober

XVII. INCOSAI
Seoul, Korea
22. bis 27. Oktober

Februar

Seminar - Use of IT in Auditing
Golawice, Polen
20. bis 21. Februar

Mai

3rd IT Performance Audit Seminar
Slowenien,
(Datum wird noch bekanntgegeben)

Treffen des Komitees für die
EDV-Prüfung
Ljubljana, Slowenien
14. bis 16. Mai

Seminar zur Umweltprüfung
Oslo, Norwegen
14. bis 16. Mai

EUROSAI Madeira Conference
Madeira, Portugal
31. Mai bis 1. Juni

August

November

März

XXIII. EUROSAI Präsidialtagung
Slowenien
29. bis 30. März

Juni

IDI Training Specialist Symposium
Oslo, Norwegen
4. bis 9. Juni

September

Präsidialtagung der AFROSAI
Libyen
(Datum wird noch bekanntgegeben)

OLACEFS Kongress
Panama
(Datum wird noch bekanntgegeben)

Dezember

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und -abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.

ARTIKEL

- Konferenz der Auditors-General des Commonwealth, Januar, S 9
Alberta E. Ellison, 8. Generalversammlung der AFROSAI in Burkina Faso, Januar, S 14
Venecia Rojas Kenah, IX. Generalversammlung der OLACEFS in Paraguay, Januar, S 17
Kiyoshi Okamoto, Neue Schulungsinfrastruktur in der ASOSAI, April, S 7
Winfried P.M. Beekmans, Nationale Aufgaben und Internationale Möglichkeiten: Die internationale Tätigkeit ausgewählter Oberster Rechnungskontrollbehörden, April, S 11
G. Peter Wilson, Finanzkontrolle, Management und Unternehmensführung: Förderung von Vertrauen und Transparenz, Juli, S 8
Dr. Detlev Sparberg, Korruptionsbekämpfung im Straßenbau, Juli, S 10
INTOSAI-Konferenz über interne Kontrolle, Juli, S 16
Sigurdor Thordarsson, Prüfung des Prüfers: Eine Peer Review der ORKB Islands, Oktober, S 11

LÄNDERPROFILE

- Sierra Leone, Januar, S 20
Mexiko, April, S 16
Rumänien, Juli, S 19
Bahrain, Oktober, S 15

LEITARTIKEL

- Wirtschaftlichkeitsprüfung, Evaluierung und die Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörden, Januar, S 1
Finanzkontrolle im Südpazifischen Raum, April, S 1
In Vorfreude auf Seoul, Juli, S 1
Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, Oktober, S 1

INTOSAI Intern

- E-Mail-Adressen der ORKBn, Januar, S 26; April, S 22; Juli, S 29
Arbeitsgruppe für Privatisierung tag in Warschau, Januar, S 24
XVII. INCOSAI - Mitarbeiter planen das Programm, Januar, S 25
Ausschuß für interne Kontrolle plant internationale Konferenz, Januar, S 25
XVII. INCOSAI Seoul 2001, April, S 21
47. Tagung des Präsidiums in Seoul, Juli, S 23
Neuer IDI-Vorstand tagt in Oslo, Juli, S 27
Eine langjährige Beziehung im Rahmen der IDI, Juli, S 27
Neues vom XVII. INCOSAI 2001, Oktober, S 20
Drittes Seminar über Wirtschaftlichkeitsprüfung für 2001 geplant, Oktober, S 20
Erste Euro-Amerikanische Konferenz der Obersten Rechnungskontrollbehörden, Oktober, S 21
Tagung des INTOSAI-Ausschusses für Staatsschuld in London, Oktober, S 21

KURZMITTEILUNGEN

- | | | |
|--------------------------------------|-----------------------------------|---|
| Ägypten, Januar, S 4 | Japan, Januar, S 5 | Seychellen, Januar, S 6 |
| Argentinien, Juli, S 3 | Kanada, Januar, S 5 | Südafrika, Juli, S 6 |
| Bangladesch, Januar, S 4, April, S 3 | Korea, Januar, S 6 | Thailand, Oktober, S 9 |
| Belgien, Oktober, S 6 | Litauen, Juli, S 4 | Tuvalu, Oktober, S 9 |
| Bermuda, Oktober, S 6 | Malaysia, Juli, S 4 | Ungarn, April, S 5 |
| China, April, S 3 | Mexiko, Oktober, S 8 | Venezuela, Juli, S 7 |
| Costa Rica, Oktober, S 6 | Oman, April, S 4, Juli, S 4 | Vereinigtes Königreich, Oktober, S 7 |
| Deutschland, Januar, S 5 | Pakistan, Juli, S 5 | Vereinigte Staaten, Januar, S 7, April, S 5 |
| Hongkong, April, S 4, Oktober, S 7 | Russland, Juli, S 5, Oktober, S 8 | Vereinte Nationen, Oktober, S 10 |
| Indien, Juli, S 3, Oktober, S 8 | Schweiz, Oktober, S 9 | |